



AUF EINEM GUTEN WEG! 20 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT – RHEINLAND-PFALZ

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz
am 15. September 2010

Heft 48

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

ISSN 1610-3432

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Verantwortlich: Hans-Peter Hexemer
Leiter der Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Ralph Schrader
Jeannine Stephan
Hans-Peter Hexemer
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz

Titelgestaltung: Petra Louis, Mainz,

Fotos: Klaus Benz

Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz 2011

Druck: Satz+Druck Werum GmbH, Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: www.landtag.rlp.de

AUF EINEM GUTEN WEG!
20 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT –
RHEINLAND-PFALZ

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz
am 15. September 2010

INHALTSVERZEICHNIS

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE	
Landtagspräsident Joachim Mertes	7
GRÜßWORT	
Jens Beutel, Oberbürgermeister der Stadt Mainz	15
EINFÜHRUNG IN DIE PODIUMSDISKUSSION	
Daniela Schick, SWR	21
EINLEITENDER VORTRAG	
Prof. Dr. Andreas Rödder, Johannes Gutenberg-Universität Mainz	23
PODIUMSDISKUSSION	
Herbert Bonewitz, Kabarettist, Publizist Joachim Mertes, Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz Prof. Dr. Andreas Rödder, Johannes Gutenberg-Universität Mainz Hannelore Schneider, Konrektorin Carl-Zuckmayer-Realschule plus, Nierstein Lukas Stemler, Landesschülervertretung Rheinland-Pfalz Moderation: Daniela Schick, SWR	
BÜRGERDIALOG – AUSZÜGE	65



AUF EINEM GUTEN WEG!
20 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT –
RHEINLAND-PFALZ

PODIUMSDISKUSSION IM LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ
AM 15. SEPTEMBER 2010



BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie gemeinsam mit meinen Kollegen Heinz-Hermann Schnabel und Hans-Artur Bauckhage, den Vizepräsidenten, hier im Landtag begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen zur Podiumsdiskussion „Auf einem guten Weg! 20 Jahre Deutsche Einheit – Rheinland-Pfalz.“

Wir begrüßen sehr gerne Frau Landtagsvizepräsidentin a. D. Helga Hammer und auch Jens Beutel, den Oberbürgermeister unserer Landeshauptstadt. Herzlich willkommen! Ebenso herzlich begrüße ich den Bürgerbeauftragten des Landes, Dieter Burgard.

Den Abgeordneten Ulla Brede-Hoffmann, Thorsten Wehner, Herbert Schneiders und Dr. Peter Schmitz gilt mein Gruß. Ich grüße die ehemaligen Direktoren beim Landtag Dr. Paul Georg Schneider,

Günter Diehl und Prof. Dr. Klaus-Eckart Gebauer. Ich freue mich, dass Heike Bergmann von der Deutschen Gesellschaft e.V. und Ulrike Schellberg-Glatt vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bei uns sind.

Nach den einführenden Reden werden wir in eine Podiumsdiskussion eintreten. Ich möchte deshalb auch die Podiumsteilnehmer herzlich begrüßen. Dazu gehört Hannelore Schneider, Konrektorin der Carl-Zuckmayer-Realschule in Nierstein, die in der DDR Repressalien ausgesetzt war und Berufsverbot erhielt. Professor Dr. Andreas Rödder wird im Anschluss an meine Begrüßung und das Grußwort des Oberbürgermeisters zunächst einen thematischen Impuls geben. Lieber Herbert Bonewitz, schön, dass wir Sie hierher locken konnten – unseren Mainzer Kabarettisten und Publizisten aus Gonsenheim. Wunderbar, dass wir Sie wiedersehen; das freut mich wirklich. Herzlich willkommen! Dies gilt natürlich auch für Lukas Stemler von der Landesschülervertretung. Frau Daniela Schick vom SWR wird uns in dieser Diskussion als Moderatorin geschickt um die Klippen lotsen.

Im vergangenen Oktober haben wir anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls im Rahmen der bundesweiten Veranstaltungsreihe „Freiheit und Einheit“ eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wir sind das Volk – Freiheit, Einheit und Europa vom Hambacher Fest bis heute“ veranstaltet. Unser damaliger Kooperationspartner war die Deutsche Gesellschaft e.V. In diesem Jahr nun jährt sich die Wiedervereinigung Deutschlands zum zwanzigsten Mal – für uns ein schöner Anlass, die erfolgreiche Zusammenarbeit aus dem vergangenen Jahr fortzusetzen und ein Bürgergespräch zum Thema „Auf einem guten Weg! 20 Jahre Deutsche Einheit – Rheinland-Pfalz“ durchzuführen. Dieses Bürgergespräch ist Teil einer deutschlandweiten Veranstaltungsreihe, die anlässlich dieses besonderen Jubiläums stattfindet.

Es ist zwanzig Jahre her, als Tausende mutiger DDR-Bürgerinnen und -Bürger riefen: „Wir sind das Volk!“ Ich erinnere mich daran

wie heute. Ich sah damals im Fernsehen, wie eine Kamera von den Hochhäusern in Leipzig eine riesige Menschenmenge, einen „Lindwurm von Menschen“, einfing. Bilder aus Leipzig, aufgenommen trotz Verbots! In unseren Wohnzimmern fesselten uns diese Bilder der Montagsdemonstrationen. Wir im Westen haben gedacht: Das kann nicht gut ausgehen. Das lassen sich die Machthaber dort nicht gefallen.

Es gab am Ende in der DDR aber Menschen, die gesagt haben: „Wir wollen nicht weitere Ereignisse wie in Budapest 1956 oder in Prag 1968. Wir wollen auch keine Ereignisse wie in China im Frühjahr 1989 verantworten.“ Auch das muss man heute, nach zwanzig Jahren sagen. Es muss in der DDR-Führung auch Leute gegeben haben, die begriffen hatten: Die Wiederholung eines solchen Geschehens ist nach all diesen tragischen Jahren unmöglich. „Wir sind das Volk!“

Wir haben uns dann in den folgenden Wochen sehr gefreut über alle weiteren Entwicklungen. Die denkwürdige Pressekonferenz von Schabowski. Ich erinnere mich wie heute als wir gebannt die Bilder aus Berlin sahen: Auf einmal, um Viertel nach neun, gingen die Tore auf und die Menschen fuhrten mit ihren tuckernden Autos nach West-Berlin. Es waren so viele, es wurden immer mehr und immer mehr. Erst um Mitternacht – was gar nicht meine Zeit ist – habe ich wirklich mitbekommen, was da passiert war: dass einer eben gesagt hatte, es ist jetzt erlaubt, auszureisen. Und auf einmal war die Berliner Mauer brüchig geworden.

Dann, meine Damen und Herren, begann ein langes Jahr der Diskussion, ob eine Wiedervereinigung denn überhaupt und wie sie möglich sei. Daran erinnere ich mich sehr genau. Ebenso daran, wie unterschiedlich unsere Nachbarn darauf reagiert haben. So schön und so einfach, wie es heute manchmal erscheint, war es also nicht. Ich habe mir damals bei einem Besuch in den Vereinigten Staaten von Amerika – mühsam des Englischen mächtig – eine „Newsweek“ gekauft, weil auf dem Titelblatt stand, die zwei

größten Industriestaaten Europas wüchsen nun zusammen. Die Amerikaner hatten zusammengerechnet, wie viel wir in Chemie, Kohle, Petrochemie, Automobilbau und anderen Wirtschaftszweigen besitzen und erwirtschaften. „Da wächst ein Gigant“ – jemand, der die Welt beherrschen würde, nur mit seiner Wirtschaftsmacht. Wir wissen: „Newsweek“ hat übertrieben.

Die Wirtschaft in der DDR war tatsächlich marode. Vieles musste abgewickelt werden, doch sicher geschah dies in mehr Fällen als unbedingt nötig. Der Verlust der Arbeit beraubte Menschen der Perspektive, ihr Leben selbst zu gestalten. Wenn Sie heute durch die „blühenden Landschaften“ fahren, werden Ihnen die Kommunalpolitiker erklären: „Wir müssen diese Plattenbauten abreißen. Darin wohnen nur noch drei Leute, obwohl die Häuser für 800 gedacht sind. Es ist teurer, für drei Leute das Trinkwasser dorthin zu schicken, als es zu produzieren. Deshalb reißen wir die Gebäude ab, dann können die Leute woanders wohnen.“ Je weiter Sie nach Osten kommen, umso mehr leidet man unter der Landflucht. Viele sind zu uns gekommen, und in den neuen Bundesländern fehlen viele gute Leute, die sich sagten: „Im Westen kann ich mehr verdienen.“

Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung ist nun die Zeit gekommen, Bilanz zu ziehen und noch weitere als die bisher angerissenen Fragen zu stellen: Wie haben wir als Volk, das 40 Jahre durch Mauern und Stacheldraht getrennt war, zusammengefunden? Was haben wir gemeinsam erlebt? Wie sehen wir die Wiedervereinigung rückwirkend? Was hat die Wiedervereinigung vor allem für uns Rheinland-Pfälzer bedeutet?

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben wir viel erlebt, aber auch viel durchlebt. Der anfänglichen Euphorie, geprägt von Willy Brandts Ausspruch „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, folgte mit der Zeit die Ernüchterung. Höhere Steuern und Abgaben, hohe Arbeitslosigkeit im und die daraus resultierende angesprochene Abwanderung aus dem Osten sind nur

einige wenige Beispiele, die dazu beitrugen, die Wiedervereinigung auch von einer weniger euphorischen Seite her zu betrachten. Verstärkt wurde die nachlassende Freude über die Wiedervereinigung gewiss auch durch die in den Medien propagierte Verklärung der DDR-Zeiten, die oftmals mit dem Begriff „Ostalgie“ einherging. Dabei war es keineswegs nur die jüngere Generation, die auf den „Zug der Ostalgie“ aufsprang, weil sie ein geteiltes Deutschland nie gekannt hat. Unter die Stimmen der Jüngeren mischten sich immer wieder die der älteren Generationen, die lange Jahre Zeugen der Berliner Mauer und der Stacheldrahtzäune waren.

Auch für uns Rheinland-Pfälzer lohnt es sich, auf nun schon zwanzig Jahre eines wiedervereinten Deutschland zurückzublicken. Was hat die Wiedervereinigung für unser Bundesland Rheinland-Pfalz bedeutet? Welche Auswirkungen hatte sie auf unser Land? Was hat sich seither verändert? Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde der größte Teil der alliierten Streitkräfte aus dem gesamten Bundesgebiet abgezogen. Rheinland-Pfalz war mit seinen vielen militärischen Einrichtungen und Truppenübungsplätzen besonders davon betroffen. Bis Ende 2009 wurden mehr als 640 militärische Liegenschaften mit einer Fläche von mehr als 13.000 Hektar von den Streitkräften freigegeben. Viele Menschen verloren ihre Arbeitsplätze, Regionen wie die Westpfalz wurden aufgrund der fehlenden Arbeitsplätze regelrecht entvölkert.

In unserem Bundesland startete daraufhin ein langfristiges Projekt, das in seiner Erfolgsgeschichte bundesweit bislang einmalig ist: Die Konversion verlassener Militärgelände in zivile Einrichtungen. Seit 1992 wurden bereits 2 Milliarden Euro in Konversionsprojekte investiert – der Flughafen Hahn oder auch das Designer-Outlet-Center in Zweibrücken sind nur zwei von vielen Beispielen einer geglückten Umwandlung. Etwa 50.000 neue zivile Arbeitsplätze, die seither durch diese Maßnahmen geschaffen wurden, unterstreichen den Erfolg.

Hier in Mainz war auf einmal die Wohnungsnot weg, Stichwort Martin-Luther-King-Park. Ich erinnere mich noch an Zeiten, in denen das Wohnungsamt sagen musste: Für das Jahr 2000 haben wir keine Wohnungen. Und bei uns in ländlichen Gebieten wurden die ehemaligen militärischen Areale auf einmal als das Glück empfunden, Neues machen zu können. In Birkenfeld ist eine Fachhochschule auf einem solchen Gelände entstanden. Der Flughafen Hahn wird zivil genutzt. In Kaiserslautern, wenn Sie von der Autobahn schauen, sehen Sie die Holtzendorffkaserne – sie ist zu einem großen Zentrum für IT-Technik geworden.

Meine Damen und Herren, daran sehen Sie, wie unterschiedlich sich das ausgewirkt hat. Wir sind heute so weit, dass wir sagen können: Für die Stadt Mainz, für Koblenz, für all diese Städte war der Abzug der Truppen – im Übrigen die Friedensdividende – das Gleiche wie das Niederlegen der Wälle, Mauern und Forts um unsere alten Bundesfestungen um 1870 herum – in Mainz, Koblenz oder andernorts. Viel Neues konnte geschaffen werden.

Nicht nur militärisch gesehen war Rheinland-Pfalz mit Veränderungen, hervorgerufen durch die Wiedervereinigung, konfrontiert. Auch die Verlegung der Hauptstadt von Bonn nach Berlin hatte nicht unerhebliche Folgen für unser Bundesland. Viele Bürgerinnen und Bürger aus Rheinland-Pfalz, die für die Bundesregierung in Bonn gearbeitet haben, zogen nach Berlin. Wirtschaftliche, aber auch kulturelle Verluste waren durch den Wegzug der Bundesregierung für die Großregion Bonn, zu der auch ein Teil unseres Bundeslandes zählt, zu befürchten. Durch den Berlin-Bonn-Ausgleich wurde dem aber erfolgreich entgegengewirkt. Das Arp-Museum in Remagen ist nicht nur ein gelungenes Beispiel für diese Ausgleichszahlungen, sondern hat die nördliche Region unseres Bundeslandes immens aufgewertet.

Meine Damen und Herren, dies war nur ein kleiner Rückblick aus rheinland-pfälzischer Sicht auf ein seit zwanzig Jahren wiederver-

eintes Deutschland. Die Gesichtspunkte werden im Verlauf der Veranstaltung vertieft werden.

Meine Damen und Herren, Sie wissen: „Wes das Herz voll ist...“ Sie sehen mir das nach. Zum Schluss möchte ich den Skeptikern – die es natürlich gegeben hat – zurückkommend auf den Satz von Willy Brandt sagen: Ja, es wächst zusammen, was zusammengehört. Es ist noch nicht alles so schön zusammengewachsen, wie es hätte zusammenwachsen können. Aber es ist doch viel mehr, als diejenigen, die gerne Kritik üben, einräumen. Es ist gut, dass wir in einem Vaterland leben können – ich benutze bewusst diesen pathetischen Begriff –, ein Land das für seine Nachbarn kein Gegner mehr ist, sondern ein Freund. Ein Freund unter Freunden mitten in Europa – ich habe es bei meinem gestern beendeten Besuch in Polen wieder erlebt. Das ist eigentlich die schönste Freude: Dass wir überall hingehen können, rundum in Europa, und dass wir „von Freunden umzingelt“ sind.

Trotz aller Probleme und Herausforderungen, die wir im Alltag zu meistern haben, bleibt die Deutsche Einheit ein fortwährender Grund zur Freude. Demokratie und Freiheit für alle Deutschen errungen zu haben, in einem zusammenwachsenden Europa, das ist viel. Mehr als wir nach allen Ereignissen, die das 20. Jahrhundert prägten, erwarten durften. Deshalb bleibt es dabei, was auch im Titel der Veranstaltung zum Ausdruck kommt: Wir sind „auf einem guten Weg“!



GRÜßWORT

JENS BEUTEL,
OBERBÜRGERMEISTER DER STADT MAINZ

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Professor Rödder, Frau Schick, liebe Podiumsteilnehmer, verehrte Gäste des heutigen Abends! In der Tat, die Deutsche Einheit wird 20 Jahre alt. Der Landtagspräsident hat uns gerade deutlich gemacht, was ihm damals durch den Kopf gegangen ist.

Als ich vorhin den Saal betreten habe, hatte ich die Freude, einige der Schülerinnen und Schüler zu treffen, die jetzt auf der Besuchertribüne sitzen. Für sie ist dieses Ereignis in der Tat Geschichte. Es ist Geschichte, die im Geschichtsbuch steht, aber nicht mehr mit eigenen Emotionen verbunden ist. Ein Anliegen des heutigen Abends kann daher sein, diese Emotionen ein wenig zu vermitteln – Emotionen, die ja sehr unterschiedlich sein können. Der Herr Landtagspräsident verbindet mit diesem Tag ganz

andere Erfahrungen und Erlebnisse als der Oberbürgermeister. Ein Wirtschaftswissenschaftler hat in diesem Zusammenhang ganz andere Aspekte im Hinterkopf als ein Psychologe oder ein Historiker. Ein Gewerkschafter aus dem Westen – um auch dieses Beispiel heranzuziehen – mag ganz andere Aspekte hervorheben, die ihm wichtig sind, als eine Unternehmerin aus dem Osten. Eine Schülerin aus Ostberlin hat dazu andere Gedanken als ein Rentner aus der Pfalz. So hat jeder seine eigenen Erinnerungen, seine eigenen Empfindungen, die sich mit diesem Tag und mit diesen 20 Jahren verbinden.

Aber auf welcher unterschiedlichen Weise wir auch immer auf dieses große Wunder – auch ich gebrauche dieses pathetische Wort – zurückblicken: Ich freue mich darüber, dass am heutigen Tag der bürgerschaftliche Blickwinkel mit einbezogen wird. Denn es sind gerade die Bürgerinnen und Bürger, die Kirchen, die Vereine, die Schulen, die Wissenschaftler und Künstler, die vielen weiteren Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, die den politischen Rahmen der nationalen Einheit mit Leben erfüllen.

Ich möchte einiges aus meiner eigenen Anschauung berichten. Daher liegt es nahe, dass ich die Städtepartnerschaft zwischen Mainz und Erfurt in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen stelle, verbunden mit den daraus resultierenden Erlebnissen und Ereignissen, die überwältigend waren.

Wir sind mit Erfurt noch zur Zeit des Bestehens der DDR eine Partnerschaft eingegangen, die natürlich durch Ostberlin, durch Herrn Mittag abgesegnet werden musste. Ich hatte damals auch einmal das Vergnügen – übrigens zusammen mit dem damaligen SWF –, eine Fahrt nach Erfurt zu machen, mit ganz jungen Handballern. Die Handballerfreunde und den SWF unter einem Dach zu vereinigen und noch dazu „politically correct“ zu sein, war ganz schön schwierig. So waren die Erfahrungen in der Zeit vor der Wiedervereinigung. Infolge dieser Begegnung sind dann Studenten von Hochschulen relegiert worden und es sind andere unliebsame Folgen für unsere Gastgeber eingetreten.

Dann kam die Maueröffnung, und diese Partnerschaft hat plötzlich einen ganz anderen Stellenwert erhalten. Herman Weyel, mein Vorgänger, sagte seinerzeit: „Jetzt ist die Partnerschaft vom Kopf auf die Füße gestellt.“ Plötzlich waren Menschen aus Erfurt da, man konnte sie gar nicht mehr zählen. Eberhard Güth, unser damaliger Pressesprecher, formulierte es so: „Über ganz Mainz hing ein Hauch von Trabbi-Duft.“ So war es. Wir sind überwältigt worden. Aber die Mainzer und Mainzerinnen haben sich riesig mitgefremt und waren bereit, die Besucher aus Erfurt nicht nur im Rathaus willkommen zu heißen, sondern auch bei sich zu Hause – und dann nach Kaffee und Kuchen einen gemeinsamen Gang durch die Stadt zu machen. Es waren ganz einfache Dinge, die man seinerzeit unternommen hat, weil der Weg für all jene, die kamen, bis dahin doch verschlossen gewesen war.

Diese Freundschaft, die im Jahr 1987 begonnen hatte, wurde dann auf noch breitere Füße gestellt. Denn nach der Wende gingen – ähnlich wie in der Justiz und anderen Bereichen – einige sehr gute Verwaltungsmitarbeiter nach Thüringen, um zu zeigen, wie kommunale Selbstverwaltung nach unserem Verständnis funktioniert. Damit tat sich auch ein gewisses Spannungsfeld auf zwischen einem „Wir sind ja viel besser als Ihr!“ und einem unvoreingenommenen Vermitteln, wie es bei uns funktioniert. Das musste man mit sehr viel Sensibilität angehen und konnte nicht als westdeutscher „Besserwessi“ ankommen. Das war zur damaligen Zeit ganz wichtig. Wir haben auch erlebt, dass nicht alle so dachten und dass viel Porzellan zerschlagen worden ist, viel Vertrauen zwischen den Menschen in Ost und West zerstört wurde.

Viele Verwaltungsmitarbeiter haben ein oder zwei Jahre in Erfurt verbracht. Manche sind sogar für immer dageblieben – diejenigen, die dort ihre große Liebe gefunden haben. Das ist ja immer noch der beste Standortfaktor, den man kennt: sich zu verlieben und dort zu bleiben, wo man die Liebe gefunden hat. Viele sind also bis heute in Erfurt geblieben.

Auf der Verwaltungsebene gab es eine ganz enge Zusammenarbeit. Hinzu kamen enge Kontakte zwischen verschiedenen Schulen. Kontakte wurden nicht nur wegen der Namensgleichheit zwischen den beiden Gutenberg-Gymnasien geknüpft, sondern auch zwischen weiteren Mainzer und Erfurter Gymnasien und zwischen Schulen anderer Schularten, bis hin zu den Grundschulen. Auch der Beitrag der Sportvereine und der Kirchengemeinden ist hier nicht zu unterschätzen. Ich glaube, alle Mainzer Kirchengemeinden waren in diesem Zeitraum einmal in Erfurt; die Gegenbesuche haben nicht lange auf sich warten lassen. Kurzum: Es ging jetzt ganz schnell voran mit der Städtepartnerschaft, die anfangs quasi „von oben“ politisch verordnet war und die sich nun zu einer ganz normalen Partnerschaft entwickelt hat.

Obwohl unsere Städtepartnerschaft, die durch eine große Vielfalt an lebendigen Kontakten geprägt ist, zwischenzeitlich im besten Sinne des Wortes ein Selbstläufer geworden ist, ist nach den Jahren des voranschreitenden Einigungsprozesses doch auch immer wieder die Frage gestellt worden, ob sich deutsch-deutsche Partnerschaften nicht mittlerweile überlebt hätten. Um es deutlich zu sagen: Ich bin aufgrund all der Erfahrungen, die ich gesammelt habe, nicht dieser Ansicht.

Denn wir alle wissen, wie wichtig es ist, dass Integrationsprozesse, die auf der großen politischen Bühne initiiert werden, auch an der Basis ankommen. Sie müssen von den Menschen mitgetragen werden, um auf Dauer erfolgreich sein zu können. Und das braucht eben immer seine Zeit. Nach gelungener Einheit in den Köpfen stellen die deutsch-deutschen Partnerschaftsbegegnungen heute ohne Zweifel einen ganz wichtigen Schlüssel für die Einheit auch in den Herzen der Menschen dar. Wenn ich nach Erfurt oder in andere Orte in den neuen Bundesländern reise, was sehr häufig geschieht, dann erfreut mich immer noch die große spontane Herzlichkeit und Gastfreundschaft. Sie wäre ohne diese menschlichen Begegnungen sicherlich nicht in diesem Maße spürbar.

Aus diesem Grunde bin ich froh darüber, dass sich mit der Stadt Erfurt eine vertrauensvolle Partnerschaft mit vielen gemeinsamen Themen und Projekten entwickelt hat. Das bietet uns die Möglichkeit, voneinander zu lernen und uns gegenseitig immer besser zu verstehen.

Deswegen bin ich und deswegen ist die ganze Stadt Mainz dabei, diese Partnerschaft weiter zu fördern, auch wenn jetzt stärker die bürgerschaftliche Seite betont wird. Das gilt für all die Gruppierungen, die ich schon genannt habe. Aber sie funktioniert natürlich auch auf politischer Ebene. Beispielsweise ist der Austausch mit den Erfurter Kollegen in der Verwaltung außerordentlich eng.

Am heutigen Tag soll das bloß einen Eindruck vermitteln, einen kleinen Einblick geben in das, was eine deutsch-deutsche Partnerschaft auch gegenwärtig noch bedeuten kann. Jetzt freue ich mich schon auf die Diskussion mit jenen, die damals dabei waren, aber auch mit denen, die damals möglicherweise noch gar nicht gelebt haben. Es sind auch diese vielen Blickwinkel, die die deutsch-deutsche Partnerschaft auszeichnen.



EINFÜHRUNG IN DIE PODIUMSDISKUSSION

DANIELA SCHICK, SWR

Schönen guten Abend! Herzlich willkommen zum Bürgergespräch „20 Jahre Deutsche Einheit“. Es bleiben nur noch zwei-einhalb Wochen, bis sich der Geburtstag des wiedervereinigten Deutschland zum zwanzigsten Mal jährt. Dieses Jubiläum soll für uns Anlass sein, die jüngste Geschichte noch einmal Revue passieren zu lassen, aber auch zu fragen: Sind wir eigentlich schon zusammengewachsen, „wir“ beiden Teile Deutschlands? Oder gibt es noch Probleme? Wie sieht es in den Köpfen der Deutschen aus? Wo steht die Bundesrepublik zwei Jahrzehnte, nachdem aus zwei Teilen ein Land wurde?

Das wollen wir nachher mit einem interessanten Podium diskutieren – darauf freue ich mich schon sehr –, aber natürlich auch mit Ihnen, denn wir sind hier ja bei einem Bürgergespräch. Das heißt, die Bürger dürfen und sollen zu Wort kommen.

Jetzt bin ich gespannt auf die thematische Einführung durch Professor Dr. Andreas Rödder, der an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz eine Professur für Neueste Geschichte innehat.



EINLEITENDER VORTRAG

PROF. DR. ANDREAS RÖDDER,
JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ

Alles kam anders als gedacht. Vom 15. September 2010 aus betrachtet erscheint uns die Wiedervereinigung von 1990 als Selbstverständlichkeit. Doch aus der Warte des 15. September 1989 hätte niemand eine Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 für möglich gehalten.

Was 1989 und 1990 in Deutschland geschah, war eine Revolution – eine Revolution in zwei Phasen. Auf die erste Phase, die friedliche Revolution und den Sturz des SED-Regimes in der DDR, folgte keine Radikalisierung, wie es in vielen anderen Revolutionen der Geschichte der Fall gewesen ist, etwa in der Französischen Revolution von 1789 oder der Russischen Revolution von 1917. Vielmehr ging die friedliche Revolution in die geregelten Bahnen der deutschen Wiedervereinigung über.

Dabei änderten sich um die Jahreswende 1989/1990 die treibenden Kräfte und Akteure. Dies wiederum war in anderen historischen Revolutionen ähnlich. Während in der ersten Phase der deutschen Revolution hauptsächlich die Bürger auf den Straßen der DDR gewesen waren, wurde in der zweiten Phase vor allem die westdeutsche Regierung unter der Führung von Helmut Kohl zur entscheidenden Kraft im Wiedervereinigungsprozess.

Das Wiedervereinigungskonzept der Bundesregierung sah vor, die Ordnung der Bundesrepublik möglichst vollständig auf die DDR zu übertragen, das heißt, die neuen Länder möglichst uneingeschränkt in das Ordnungsgefüge der Bundesrepublik zu integrieren.

Im Zuge eines gewaltigen Transformationsprozesses, der alles, wirklich alles erfasste, mussten die Ostdeutschen und musste Ostdeutschland dabei einen direkten, stufenlosen Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft vollziehen. Der Schock blieb nicht aus. Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 brach die ostdeutsche Wirtschaft weitgehend, jedenfalls viel umfassender als erwartet, zusammen. Von einem „Desaster“ sprach Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl. Der massenhafte Verlust von Arbeitsplätzen – mit allem, was daran hing – konnte bis heute nicht wieder ausgeglichen werden.

Bis heute wird genau diese Frage immer wieder diskutiert: Gab es eine Alternative zu der schnellen Einheit nach westlichem Muster?

Nun ist Geschichte kein Automatismus; das ist sie nie. Und so waren auch 1989 und 1990 Alternativen im Spiel. Die zentrale Frage zur Beurteilung der Alternativen ist, ob diese Alternativen den drei Anforderungen hätten genügen können, die sich 1989/1990 in der DDR bzw. in Deutschland stellten.

Diese drei Anforderungen waren folgende: Erstens einen freiheitlich-demokratischen, pluralistischen Rechtsstaat in der DDR zu

errichten, zweitens die materiellen Lebensbedingungen der Menschen grundlegend zu verbessern und drittens – das darf man in diesem Zusammenhang nicht vergessen – die Massenabwanderung aus der DDR zu stoppen. Denn auch das müssen wir uns bei dem Szenario um die Jahreswende 1989/1990 immer wieder klar machen: Zu Beginn des Jahres 1990 verließen täglich 2.000 Ostdeutsche die DDR und das Land drohte im wahrsten Sinne des Wortes auszubluten.

Nun waren zeitgenössisch vor allem vier Alternativen im Spiel, wobei ich eine weitere Alternative gleich weglasse, eine ökonomisch durchaus sinnvolle Alternative: Dass die Ostdeutschen einfach alle nach Westdeutschland hätten kommen können, sodass man – ähnlich wie bei der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg – den Aufbau Ost sozusagen im Westen vollzogen hätte. Aber da an diese Lösung niemand ernsthaft gedacht hat, lasse ich sie unberücksichtigt.

Die erste Alternative war die der Oppositionsbewegung im engeren Sinne. Die Oppositionsgruppen verfolgten das Ziel, die DDR als „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ zu erhalten, wie es im Aufruf der Oppositionellen mit dem Titel „Für unser Land“ vom 26. November 1989 hieß.

Eine freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie hätte sich auf diese Weise sicherlich realisieren lassen. Allerdings hätte eine solche Lösung, wie sie den Oppositionsgruppen am Runden Tisch vorschwebte, die materiellen Ziele verfehlt; die Massenabwanderung hätte unvermindert angehalten. Hinzu kommt – und das gilt für alle Alternativen, die ich jetzt vorstelle –, dass die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung gegen sie war.

Eine zweite Alternative stammte von den Wirtschaftsexperten der Bundesrepublik. Ihre Vorstellung lief darauf hinaus, die Wirtschaft der DDR schrittweise der westdeutschen Wirtschaft anzugleichen und dies mit einem bedächtigen, stufenweise erfolgenden Über-

gang zur staatlichen Einheit zu koordinieren. Eine solche Angleichungs- und Stabilisierungspolitik in der DDR wäre ökonomisch betrachtet wahrscheinlich die vernünftigste Lösung gewesen. Sie wäre aber nur in einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet möglich gewesen, in dem das Lohnniveau einen Bruchteil des westdeutschen betragen hätte.

Da die Ostdeutschen, garantiert durch das Grundgesetz der Bundesrepublik, aber über das Recht verfügten, entweder in den Westen zu gehen oder dem Westen beizutreten, hatten sie von vornherein eine Exit-Option, die dieses geschlossene Wirtschaftsgebiet durchlöchert hätte. „Kommt die D-Mark, bleiben wir; kommt sie nicht, gehen wir zu ihr!“ – mit dieser Parole der Demonstranten makulierte die gesellschaftliche Realität die ökonomische Theorie.

Demgegenüber forderte Oskar Lafontaine – und das war die dritte Alternative, die zeitgenössisch geäußert wurde –, auf eine schnelle Währungsunion zu verzichten und eine staatliche Einheit Deutschlands in eine europäische Lösung zu integrieren. Unter dessen, so seine Vorstellung, sollte die Bundesrepublik nach Maßgabe des für die westdeutschen Wähler Akzeptablen eine voraussetzungslose Finanzhilfe an die DDR leisten.

Abgesehen davon, dass der Rahmen des „für die westdeutschen Wähler Akzeptablen“ wohl nicht allzu weit gespannt gewesen und jedenfalls unermesslich hinter dem zurückgeblieben wäre, was in einem vereinten Staat schließlich an Transferleistungen erbracht worden ist, hätte eine solche Politik dazu geführt, die völlig unproduktiven, überhaupt nicht mehr lebensfähigen Strukturen der DDR-Wirtschaft weiter zu subventionieren.

Das gilt auch für die vierte Alternative, die Hans Modrow, der vorletzte Ministerpräsident der DDR, vortrug, als er einen bundesdeutschen Solidarbeitrag von 10 bis 15 Milliarden Euro forderte –

mit der Vorstellung, dass die DDR damit ökonomisch wieder auf die Beine kommen sollte und als gleichberechtigter Partner in die Einheit gehen könnte.

Angesichts der schließlich notwendig gewordenen Summen für die Einheit, aber auch angesichts des Zustands, in dem sich die Wirtschaft der DDR befand, war diese Vorstellung völlig illusorisch. Unter den gegebenen Bedingungen der offenen Grenzen war selbst mit bundesdeutscher Hilfe eine nachhaltige ökonomische Stabilisierung der DDR und ihrer Wirtschaft aus eigener Kraft nicht mehr möglich, ebenso wenig wie ein Stoppen der Massenabwanderung.

Von all dem, was geäußert worden ist, hat keine Aussage jemals hinreichend plausibel machen können, wie der Prozess der deutschen Einheit und der marktwirtschaftlichen Transformation der DDR auf eine politisch realisierbare Art und Weise mit einer signifikant geringeren Arbeitslosigkeit, ohne den Absturz der Deindustrialisierung, unter Aufbau selbsttragender ökonomischer Strukturen und mit deutlich geringeren finanziellen Belastungen hätte gestaltet werden können.

Alles in allem, und das muss man sich klar genug machen, eröffneten sich in diesem gewaltigen Transformationsprozess ohne historisches Vorbild und ohne irgendwelche Erfahrungswerte doch sehr viel weniger konstruktive, gestaltbare Alternativen als vielmehr unhintergehbare Dilemmata.

In einer Fernsehdokumentation über die Treuhand hörte ich gestern beispielsweise, dass Edgar Most, der frühere Vizepräsident der DDR-Staatsbank, sagte, die Währungsunion bzw. der Umstellungskurs habe die Wirtschaft der DDR endgültig stranguliert. Ja, das ist in gewisser Weise richtig. Jedenfalls hat der Umstellungskurs einiges dazu beigetragen. Aber was wäre denn die Alternative gewesen? Ein ökonomisch vernünftiger Kurs von 1 : 2, 1 : 3 oder 1 : 4 hätte dazu geführt, dass die Ostdeutschen ein Lohnniveau

von weit unter 20% des westdeutschen gehabt hätten. Das wäre in der gesellschaftlichen Realität völlig undenkbar gewesen.

Nein, immer wieder war es so – das muss man sich klarmachen –, dass, wie Lothar de Maizière resümierte, nur die Wahl zwischen zwei schlechten Lösungen blieb.

Das zentrale Problem dabei waren letztlich nicht die institutionellen Regelungen. Das Problem der deutschen Einheit waren sehr viel mehr die Haltungen – und das auf beiden Seiten.

Ich spitze es zu: Die Ostdeutschen richteten hohe Ansprüche schnellen Wohlstands an den Staat, an den Sozialstaat der Bundesrepublik. Dabei wurden zu hohe Erwartungen von zu tiefen Enttäuschungen abgelöst. Diese Enttäuschungen verbanden sich mit notorischen Benachteiligungsgefühlen, mit einer ostdeutschen Wagenburgmentalität, wie sie der westdeutsche Politikwissenschaftler Uwe Thaysen als Beobachter am Runden Tisch schon Anfang 1990 festgestellt hatte. Sie verbanden sich mit der empirisch messbaren Selbstzuschreibung einer eigenen, moralisch überlegenen Ost-Identität.

Demgegenüber gestalteten die Westdeutschen die Einheit ganz aus den Denkmustern der alten Bundesrepublik heraus und im selbstgewissen Gefühl ihrer Erfolgsgeschichte. Nach dem Boom der späten Achtzigerjahre konnte die Bundesrepublik im Jahr der Einheit vor Kraft kaum laufen. Nach westlicher Vorstellung sollte die Übertragung der bundesdeutschen Ordnung auf die DDR innerhalb von kurzer Zeit ein neues Wirtschaftswunder hervorbringen, die neuen Bundesländer in blühende Landschaften verwandeln und aus den Ostdeutschen zufriedene Bundesbürger machen.

Diese eindimensionale Sicht war nicht nur ökonomisch illusionär, sie war auch sozialpsychologisch verkürzt. Es mangelte ihr an Sinn für das Eigengewicht kultureller Prägungen. Es mangelte ihr nicht

zuletzt an Sensibilität dafür, wie sehr die Transformation der gesamten Lebensumstände die Biografien der Ostdeutschen erschütterte.

Die Deutschen, zumal die Westdeutschen, haben die Dimension der Herausforderung, die sich mit der deutschen Einheit stellte, lange Zeit nicht wahrhaben wollen. Und sie haben sich mit gegenseitigem Desinteresse und Unverständnis das Leben wahrlich schwerer gemacht als nötig.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle und zum Abschluss eine persönliche Bemerkung. Ich bin „Wessi“ durch und durch, geboren 1967, sozialisiert im Kalten Krieg, aufgewachsen im friedlichen nördlichen Rheinland-Pfalz – in einer Gegend, die man hier im Land eigentlich gar nicht kennt, im Landkreis Altkirchen. Bis 1989 war ich einmal mit der Schule und einmal mit der Universität in der DDR. Für mich war die Arbeit an meinem Buch über die Wiedervereinigung eine Entdeckungsreise zu den Ostdeutschen. Und als mir kürzlich bei einem Vortrag in Schwerin ein Zuhörer aus Hamburg vorhielt, er müsse jetzt aber mal die westdeutsche Perspektive einbringen, habe ich mir gedacht: Irgendwas muss doch auch richtig gelaufen sein mit der inneren Einheit.

Als wir letzte Woche Austauschschüler aus Erfurt zu Gast hatten, die gemeinsam mit den Schülern des Rabanus-Maurus-Gymnasiums ein Musical auf die Bühne gebracht haben, da haben Kinder miteinander Musik und Theater gemacht, die den Unterschied von Ost und West gar nicht kennen. Für sie ist die deutsche Einheit eine Selbstverständlichkeit. In solchen Momenten habe ich den Eindruck – den Satz muss ich im Westen wahrscheinlich erklären und tue es nachher auch gern –, dass die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.



PODIUMSDISKUSSION

HERBERT BONEWITZ,
KABARETTIST, PUBLIZIST

JOACHIM MERTES,
PRÄSIDENT DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ

PROF. DR. ANDREAS RÖDDER,
JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ

HANNELORE SCHNEIDER,
KONREKTORIN CARL-ZUCKMAYER-REALSCHULE PLUS,
NIERSTEIN

LUKAS STEMLER,
LANDESSCHÜLERVERTRETUNG RHEINLAND-PFALZ

MODERATION: DANIELA SCHICK, SWR

Daniela Schick

Die Podiumsdiskussion möchte ich mit einem Zitat eröffnen, das mir gefallen hat: „Am Tag der Wiedervereinigung Deutschlands habe ich vor Glück geweint. Ich war in Paris und habe vor dem Fernseher geheult.“

Von wem stammt dieses Zitat? Es stammt von dem bekannten und vielfach ausgezeichneten Schauspieler Bruno Ganz. Er ist auch Präsident der Deutschen Filmakademie und Darsteller von Adolf Hitler im oskarpreisgekrönten Film „Der Untergang“.

Vor Kurzem hat er ein Interview über die Wiedervereinigung gegeben und fügte an: „Ich bin froh, nun ohne Visum nach Meißen reisen zu können.“

Das Zitat gefällt mir, weil es einfach zeigt, dass viele Menschen, wenn sie an die Wiedervereinigung denken, zunächst einmal an die Gefühle denken, die sie dabei hatten. Es ist ein durch und durch emotionales Thema für diejenigen, die es betroffen hat oder auch noch betrifft. Wenn man darüber redet, ist es manchmal noch unfassbar.

Nun zu unserem Podium: Ich begrüße Hannelore Schneider ganz herzlich. Sie ist Konrektorin an der Carl-Zuckmayer-Realschule plus in Nierstein. Herzlich willkommen! Herr Bonewitz, wir kennen Sie in den verschiedensten Rollen: als Kabarettist, zuvor als Fastnachter, als Buchautor. Schön, dass Sie bei uns sind. Zu meiner Linken ist Lukas Stemler von der Landesschülervertretung Rheinland-Pfalz und Schüler eines Gymnasiums in Kaiserslautern. Außerdem in unserer Runde: Die Eingangsredner Landtagspräsident Mertes und der Historiker Professor Rödder.

Herr Bonewitz, Bruno Ganz hat geweint, als er die Wiedervereinigung im Fernsehen miterlebt hat. Was haben Sie in den Zeiten des Mauerfalls und der Wiedervereinigung gedacht und gefühlt?



Herbert Bonewitz

Das habe ich zunächst überhaupt nicht richtig mitgekriegt, denn der 9. November ist mein Geburtstag. An diesem Tag haben wir gefeiert, kräftig getrunken, gut gegessen – und haben das gar nicht mitbekommen. Erst später, als die Gäste weg waren, so um Mitternacht oder ein Uhr, ging ich an den Fernseher und wollte mir noch etwas anschauen. Da habe ich Leute auf der Mauer herumspringen sehen und Autos über die Grenze fahren – und habe mich gefragt: Bringen sie jetzt einen Science-Fiction-Film?

Ich habe nicht geglaubt, was da abging. Erst im Laufe der Nacht – die wurde ziemlich lang, als ich mir das alles angesehen habe – ist mir klar geworden, was da passiert ist. Ein historisches Ereignis vollzog sich, und das völlig unerwartet. Das werde ich nie vergessen. Das war einmalig.

Daniela Schick

Nun verbindet Sie mit der DDR ja eine ganz kuriose Geschichte. Sie sind in den Fokus der Staatssicherheit geraten. Wie kam es dazu?

Herbert Bonewitz

Es ist eine große Ehre für mich, dass die mich als staatsgefährdend erachtet haben. Da muss ich jetzt ein bisschen ausholen, denn es sind ja auch jüngere Zuhörer hier.

Es war einmal im vergangenen Jahrhundert, in den Siebziger-, Achtzigerjahren. Damals hatte die Mainzer Fernsehfastnacht einen Stellenwert, der höher war als der, den „Wetten, dass ...?“ heute hat. Es gab Einschaltquoten, von denen man heute nur noch träumen kann, und es war ganz normal, dass auch in der Presse viel über die Sitzungen berichtet wurde: Wer mitmachte und wer nicht; was abgelaufen war. Es war ein Medienhype, wie man heute so schön auf Neudeutsch sagt. Deshalb war es kein Wunder, dass auch Fanpost kam. Besonders für meine kritischen Vorträge habe ich viel Fanpost bekommen, die ich in meinen Rollen als Psychologe oder als Partyprofessor, aber auch für karnevalskritische Reden als Platzanweiser, als Hofmatz mit seinem Dippche und natürlich als der legendäre Prinz Bibi hielt.

Daraufhin bekam ich nicht nur Post aus unseren Bundesländern, aus Österreich und aus der Schweiz, sondern auch aus der DDR. Ich bin mit einem gewissen Manfred Haertel in Briefkontakt getreten, wenn man so will ein Kollege von mir. Er war im Karnevalverein als Büttenredner tätig und wohnte – in der DDR – in einer Gemeinde namens „Kloster Lehnin“.

Erst habe ich gedacht: Wo ist das denn? Sie schrieb sich mit „h“ und lag südwestlich von Potsdam. Jedenfalls hat dieser Herr sich gefreut, dass er mit mir in Kontakt kam, und wollte natürlich wissen, wie das bei uns ist mit dem Üben von Kritik und wie die Reaktionen ausfallen. Er wollte gern Anregungen für sich haben. Das war ein schöner Kontakt. Ich habe ihn ermuntert, auch immer schön frech zu sein und nicht nur angepasst. Und eines Tages brach dieser Kontakt, der so wunderbar begonnen hatte, plötzlich ab. Ich dachte: „Na, jetzt hat er keine Lust mehr.“ Es war nichts mehr zu hören von ihm. Dann habe ich mit der Fastnacht aufgehört. Die Jahre vergingen.

Dreißig Jahre später, im Jahr 2008, machte die Landesredaktion des Südwestrundfunks ein Feature zu meinem 75. Geburtstag. Der zuständige Redakteur, der Journalist Jochen Hubmacher, stieß bei seiner Recherche auch auf den Namen Haertel. Er ging zu der Stasi-Unterlagen-Behörde und musste dort feststellen, dass dieser Haertel unter Observation der Stasi gestanden hat.

Daniela Schick

Und Ihre Briefe gleich mit?

Herbert Bonewitz

Die Briefe, die nach dem ersten Kontakt kamen, wurden alle abgefangen und nicht weitergeleitet. Die haben sie behalten und feinsäuberlich dokumentiert. Herr Haertel wollte mir einen Orden schicken – man muss sich das vorstellen, wie absurd –, einen Karnevalsorden, per Kurier, eine vertrauenswürdige Person. Der wurde in Berlin abgefangen. Den Orden haben sie konfisziert; wahrscheinlich liegt er noch in der Akte – ich weiß nicht, unter welcher Bezeichnung. Dort war auch eine Verschlussache, ein Dossier. Darauf stand: „Suchantrag Herbert Bonewitz (Prinz Bibi)“.

Ich dachte, das darf nicht wahr sein. Aber Herr Hubmacher hat es mir bestätigt, es war tatsächlich so. Die Stasi hat auch recherchiert, was Haertels Briefpartner mit der DDR zu tun hat und was er im Westen macht. „Prinz Bibi“ – wahrscheinlich dachten die, das ist der Deckname von einem Agenten des Klassenfeinds.

Durch diese Recherche wurde das Ganze aufgedeckt. Seitdem stehe ich wieder in Kontakt mit Herrn Haertel. 2008, also noch im gleichen Jahr, kam es im August zu einer privaten Wiedervereinigung: Er kam mit seiner Frau Karla zu mir nach Mainz. Zusammen mit meiner Frau waren wir im „Haus des deutschen Weines“, um das Freundschaftstreffen zu feiern. Seitdem stehen wir wieder in Verbindung.

Manfred Haertel wurde damals entlassen; er war zuvor Lehrer bei den DDR-Jugendwerkhöfen gewesen. Er hatte Bücher

geschrieben und Regimekritik geübt. Schließlich hat er sogar Redeverbot als Büttenredner bekommen. 1978 war er weg vom Fenster. Mittlerweile ist er pensioniert. Wir haben unsere Erfahrungen ausgetauscht und festgestellt, dass es doch ein seltsamer Staat gewesen ist, der vor einem Büttenredner Angst gehabt hat.

Daniela Schick

Den Büttenrednern ist einiges zuzutrauen, Herr Bonewitz.

Herbert Bonewitz

Dieser Staat muss total paranoid und verunsichert gewesen sein. Das ist unfassbar. Aber es ist dokumentiert, und es stimmt alles.

Daniela Schick

Obwohl so viele Briefe abgefangen wurden und obwohl der Kontakt dann ja nur scheinbar stattgefunden hat, sagte Herr Haertel im Nachhinein: „Herbert Bonewitz hat mich persönlich mutig gemacht. Es ist mit sein Verdienst, dass ich dachte, was er sich da erlauben darf, das muss man sich in der DDR doch auch erlauben dürfen.“

Herbert Bonewitz

Ja, davon ist er ausgegangen. Leider hat er nicht recht gehabt. Aber dafür ist die DDR untergegangen, Gott sei Dank.

Daniela Schick

Er war ein paar Jahre zu früh. Was haben Sie denn gedacht, als Sie von diesen Stasiaktivitäten etwas hörten?

Herbert Bonewitz

Ich habe gedacht, das ist eine Satire. Ich habe gedacht: Das darf doch wohl nicht wahr sein.

Daniela Schick

Sie haben die Akte auch nie eingesehen?

Herbert Bonewitz

Nein, das war ja ein Suchantrag. Ob sie jetzt die Briefe in der Akte haben ist egal – die kenne ich ja; von denen habe ich Kopien zu Hause. Aber ich habe gesagt: Das darf nicht wahr sein.

Daniela Schick

Haben denn die Wende, die Wiedervereinigung und die neuen Möglichkeiten, in den Osten zu reisen und Kontakte herzustellen, Ihren Blick auf Ostdeutschland verändert?

Herbert Bonewitz

Nein, überhaupt nicht. Ich habe immer einen sehr positiven Blick gehabt. Man wird es nicht glauben, aber die Wurzeln meiner Familie liegen in Ostdeutschland.

Daniela Schick

Wo genau?

Herbert Bonewitz

Die Sippe derer von Bonewitz stammt aus Thüringen, aus Förtha bei Eisenach. Da wurde der Opa Emil geboren. Er musste damals wegen gewerkschaftlicher Umtriebe flüchten. Er war SPD-Aktivist. Es gab damals die Sozialistengesetze; er war ein „verdächtiges Subjekt“ und zur Fahndung ausgeschrieben. Er ist in den Taunus geflüchtet und hat dort die Oma kennengelernt. Er hat sie gleich geheiratet, ist nach Mainz gezogen und hier sesshaft geworden. In der Holzverarbeitungsfabrik Gerster auf der Ingelheimer Aue wollte er gleich nach seiner Einstellung einen Betriebsrat einführen – und ist wieder rausgeflogen. Anschließend hat er ein Tabakwarengeschäft aufgemacht, später ein Kino in Gonsenheim. Die Bonewitz-Sippe stammt also aus Thüringen.

Meine Frau ist auch „von drüben“ – nicht aus Wiesbaden, sondern von ganz drüben. Sie ist in Döbeln, also in Sachsen geboren. Sie hat ihre Wurzeln in Sachsen und ist im Laufe der Zeit über Danzig, wo sie gewohnt hat, nach Rostock gekommen und später

aus der DDR geflüchtet. Über Hamburg kam sie nach Mainz, und hier habe ich ihr gleich gesagt: „Du bleibst jetzt bei mir; da bist du gut unter.“

Daniela Schick

Und in Mainz ist sie dann auch geblieben.

Herbert Bonewitz

Da ist sie geblieben. Wir sind später auch nach „drüben“ gefahren. Das kann ich übrigens jedem empfehlen – nicht nur immer von hier aus zu sagen: „Was ist das für ein komisches Land!“, man sollte es auch mal besuchen. Wir waren in Dresden und in Rostock, der ehemaligen Heimat meiner Frau, in Warnemünde. Wir haben vor, dort noch irgendwo anders hinzufahren, wenn die Gesundheit es erlaubt. Es ist empfehlenswert, hinzufahren und sich ein eigenes Bild davon zu machen, wie schön das Land ist.

Daniela Schick

Fast so schön wie Rheinland-Pfalz.

Herbert Bonewitz

Ja, aber das wollen wir nicht vergleichen.

Daniela Schick

Eine, die die DDR von innen heraus erlebt hat, ist Hannelore Schneider. Sie kann beide Blickwinkel einnehmen und hat eine ganz interessante Lebensgeschichte.

Frau Schneider, Sie sind in der DDR geboren und aufgewachsen, haben in Cottbus als Lehrerin gearbeitet, wurden aber 1989 ausgewiesen. Wie kam es dazu? Das war noch vor dem Mauerfall.

Hannelore Schneider

Mein Mann und ich haben 1986 zusammen mit mehreren Freunden einen Ausreiseantrag gestellt. Wir haben uns das sehr lange



überlegt, weil wir die Folgen eines Ausreiseantrags ja kannten. Den Antrag haben wir gestellt, weil wir im Osten keine Perspektive mehr gesehen haben. Das war der einzige Grund. Mein Heimatpfarrer hat mir bei einer Predigt zwar gesagt, es gebe Menschen, die dem schnöden Mammon Mercedes nachliefen – das habe ich ihm übrigens sehr übel genommen –, aber der schnöde Mammon Mercedes war für mich damals weit, weit weg.

Wir haben keine Hoffnung mehr gehabt, und der Hauptgrund war: Wir haben vor allem für unsere zwei Kinder keine Hoffnung gesehen, freier leben zu können. Die Unfreiheit haben wir beide hautnah erlebt. Ich war in der DDR nie Mitglied einer Partei. Ich war Christin – das war für einen Lehrer im Osten natürlich eine schlimme Sache. Da galt man als Hinterwäldler und eigentlich schon als Feind.

Ich habe in meinem Leben aber auch viel Glück gehabt. Ich konnte an der Humboldt-Universität studieren. Ich habe einen guten Job bekommen und habe, weil ich Englisch studiert hatte, dann

sechs Jahre lang Abiturausbildung machen dürfen. Englisch war in der DDR eine Rarität. Ich hatte Glück: Es gab kaum Englischlehrer, die gut ausgebildet waren. Ans Gymnasium bzw. an die Schulart, die heute Gymnasium ist, kam ich zwar nicht – dazu war ich nicht lupenrein genug –, aber an einer Berufsschule mit Abiturbeschlussmöglichkeit hat man mich arbeiten lassen.

Wir haben also einen Ausreiseantrag gestellt. Vorher haben wir in Cottbus schon in einer Umweltgruppe mitgearbeitet, in der Abteilung Gerechtigkeit. Wir haben gesagt: Wenn wir diesen Schritt jetzt tun, dann wollen wir auch an die Öffentlichkeit gehen. Das waren Aktivitäten in Kirchen.

Daniela Schick

Und Sie haben sich im Frühjahr 1989 auch mit den Kommunalwahlen in Cottbus beschäftigt. Mit welchem Ergebnis?

Hannelore Schneider

Unsere Gruppe hat sich aufgeteilt, wir sind zur Stimmenauszählung gegangen und haben nach der Wahl die Wahlbüros besucht. Wir selbst sind bei dieser Kommunalwahl nicht zur Wahl gegangen, wohl aber zur Auszählung. Wir haben gesehen, dass der Stapel mit den Neinstimmen ziemlich hoch war – für uns war das sehr überraschend. Das haben wir dokumentiert. In einer Zentrale haben wir alle Zahlen abgegeben. Am nächsten Tag war wieder zu hören, es gebe 99,2% Stimmen für die Regierung in Cottbus. Darauf haben wir Anzeige wegen Wahlbetrugs erstattet.

Daniela Schick

Das war damals ein ganz gewagter Schritt.

Hannelore Schneider

Das war ein gewagter Schritt. Und ich muss Ihnen sagen, ich will hier keinen Heroen spielen. Wir saßen zusammen und Pfarrer Polster – ein Freund von uns, der übrigens vor Kurzem, das fand ich

ganz toll, das Bundesverdienstkreuz bekommen hat – hatte all seine „Jünger“ um sich geschart. Wir saßen also da und er sagte: „Ihr müsst unterschreiben. Natürlich ‚müsst‘ ihr nicht, aber wenn ich das jetzt an die Stadt weitergebe, solltet ihr dokumentieren, dass ihr bei der Auszählung dabei wart.“ Das hieß: Ich gebe meinen Namen – und weiß nicht, was morgen mit mir passiert.

Daniela Schick

Sie waren damals auch schon Mutter.

Hannelore Schneider

Ich hatte zwei kleine Kinder. Das war eigentlich der Punkt. Mein Mann und ich haben uns beraten, und da ich bei der Auszählung dabei war, habe ich unterschrieben – wie viele andere auch. Daraufhin hat man uns nach vier Tagen eine Vorladung zur Abteilung „Inneres“ zukommen lassen. Da wussten wir: Jetzt passiert etwas. Dort hat man uns gesagt: „Übermorgen verlassen Sie die DDR. Sie sind Abschaum unserer Gesellschaft. So etwas wie Sie wollen wir hier nicht mehr sehen.“ Das habe ich mein Lebtag nicht vergessen. Das ist ein ganz furchtbares Gefühl, wenn da so eine Dame vor einem sitzt und einem so etwas sagt.

Wir waren sechs Familien mit kleinen Kindern. Wir sind innerhalb einer Woche in den Westen gekommen. Den Zug hatte man uns zugewiesen, vier Koffer durften wir mitnehmen.

Daniela Schick

Ihre Kinder durften Sie mitnehmen?

Hannelore Schneider

Ja.

Daniela Schick

Sie haben innerhalb kürzester Zeit Ihre Wohnung verlassen müssen, Ihre Freunde, alles. – Sie haben Ihr ganzes Leben hinter sich lassen müssen.

Hannelore Schneider

Ja.

Daniela Schick

In welchem Monat war das?

Hannelore Schneider

Das war im Mai 1989.

Daniela Schick

Das heißt, ein knappes halbes Jahr lang konnten Sie nicht davon ausgehen, dass sich die Situation entspannen würde.

Hannelore Schneider

Ja. Ich habe die Ereignisse vor dem Fernseher anders erlebt als Sie. Auch ich habe geweint. Aber ich habe erst nach drei Minuten oder vielleicht einer Viertelstunde aus Freude geweint. Zuerst habe ich aus Trauer geweint. Mein Mann und ich, die wir vor dem Fernseher saßen, haben uns gefragt: Diese ganze Aktion – das Auswandern, Koffer packen, alles verlassen: Hätten wir uns das nicht eigentlich sparen können?

Daniela Schick

Wenn man das schon gewusst hätte.

Hannelore Schneider

Ja. Das haben wir uns auch gedacht. Und dann haben wir uns unwahrscheinlich gefreut und ich sagte: „Oh, jetzt kann ich alle meine Freunde, meinen Bruder, alle wiedersehen.“ Meine Eltern waren schon Rentner, die hätten uns mal besuchen dürfen. Aber wir würden nun auch alle anderen wiedersehen können. Dann klingelte das Telefon, und das war richtig toll.

Daniela Schick

Also ein Mix aller Emotionen, die man in diesem Moment haben kann.

Hannelore Schneider

Ja.

Daniela Schick

Wie schwer war es für Sie, in Westdeutschland Fuß zu fassen – mit vier Koffern und zwei kleinen Kindern?

Hannelore Schneider

Wir hatten ja einige Möbel, Bücher usw. in unserer Wohnung stehen. Mein Bruder hat die Haushaltsauflösung gemacht; wir mussten alles per Schreibmaschine siebenfach dokumentieren, jeden Löffel und jeden Radiergummi. Radiergummis haben wir dann nicht mehr mitgenommen. Wir haben das verpacken lassen, von meinem Bruder und von Freunden. Deshalb kam irgendwann im November, also viel später, ein Lkw nach Essen – wir lebten zuerst im Ruhrgebiet. Da haben wir gestaunt, was wir eigentlich noch besitzen. Einen Großteil meiner Bücher durften wir nicht mitnehmen ebenso wenig wie Bilder, Originale, die wir besaßen. Die haben wir erst nach der Wende nachholen können.

Im Westen haben wir zunächst bei Freunden gewohnt. Ich hatte durch die Berliner Studentengemeinde, in der ich 1969/1970 Sprecherin gewesen bin, gute Kontakte zur Studentengemeinde und zu Freunden aus Westberlin. Solche Freunde haben uns in Essen aufgenommen. Bei ihnen haben wir dann mit unseren zwei kleinen Kindern vierzehn Wochen lang im Haus gelebt. Ich sage heute immer noch: Chapeau. Das fand ich eine große Leistung.

Daniela Schick

Auf engstem Raum.

Hannelore Schneider

Nein, sie hatten Platz, aber sie hatten keine Kinder. Dann plötzlich zwei stressige Kinder an der Backe zu haben, die lieber zu Oma und Opa wollen, aber gar nicht in den Westen, das ist nicht einfach.

Mein Mann fand schnell wieder Arbeit. Er ist Bauingenieur, die Branche boomte damals. Ich saß mit meinem Lehrereexamen da und habe die Kinder betreut. Dann habe ich für das Gesamtdeutsche Institut gearbeitet. Nach der Wende war ich heiß begehrt: eine Englischlehrerin, die den Amerikanern erklären konnte, wie es im Osten ist. Das war ganz günstig.

Anschließend habe ich das Referendariat noch einmal gemacht, das Referendariat, das angehende Lehrer hier absolvieren – verkürzt allerdings, das hat man mir genehmigt. Ein Jahr lang habe ich alle diese Prüfungen noch einmal durchlaufen. Danach habe ich sofort eine Stelle als Lehrerin bekommen, am Niederrhein. Von dort aus kam ich nach Mainz.

Daniela Schick

Und da sind Sie auch geblieben, bis heute.

Hannelore Schneider

Da bin ich geblieben und finde es auch sehr schön hier.

Daniela Schick

Eine ganz interessante Lebensgeschichte, auf die wir im Laufe der Diskussion noch näher eingehen können. Vielen Dank schon einmal für den kurzen Abriss.

Ich sehe hier viele, die die Wiedervereinigung live miterlebt haben. Oben auf der Besuchertribüne sehe ich aber einige, die damals noch gar nicht geboren waren. Das gilt auch für Lukas Stemler, der zu meiner Linken sitzt, Jahrgang 1993.

Lukas, wenn Sie dies alles hören, ist das wie das Blättern in einem Geschichtsbuch? Wie sieht man das, wenn man es selbst nicht miterlebt hat?

Lukas Stemler

Es ist eher wie ein geschichtliches Ereignis. Dass es einmal zwei deutsche Staaten gegeben hat, ist für mich eigentlich so unvor-



stellbar wie jedes andere historische Ereignis, das vor meiner Zeit lag.

Daniela Schick

Wie viel erfährt man denn heutzutage in der Schule darüber?

Lukas Stemler

Leider sehr wenig, muss ich sagen. Die neuere deutsche Geschichte wird in der Schule leider sehr wenig behandelt, von daher ist fast alles, was ich über die Wiedervereinigung weiß, das, was man sich selbst an Wissen aneignet. Deshalb ist es sehr interessant, Leute kennenzulernen, die wirklich aus der ehemaligen DDR kommen und einem live davon berichten können, wie es damals war.

Daniela Schick

Würden Sie sagen, dass in Ihrer Generation prinzipiell ein Interesse vorhanden ist, etwas darüber zu erfahren?

Lukas Stemler

Auf jeden Fall – weil es das nächstliegende wichtige historische Ereignis ist. Es gibt noch sehr viele Leute, die darüber berichten können. Von daher denke ich, ist es für meine Generation sehr interessant, etwas mehr darüber zu erfahren.

Daniela Schick

Und wo trifft man Leute, die davon erzählen? Fragt man dann mal die Eltern oder gibt es Kontakte in der Schule?

Lukas Stemler

Eigentlich sind es Kontakte in der Schule – einige Lehrer, die vielleicht aus der ehemaligen DDR kommen und davon erzählen können. Manchmal gibt es Veranstaltungen wie z.B. die heutige. Es ist sehr interessant, zu hören, was Frau Schneider berichtet, die das Ganze miterlebt hat. Aber sonst gibt es, wie gesagt, leider sehr wenig Gelegenheiten. Bei uns sind keine Zeitzeugen in die Schule eingeladen worden. Ich habe dort noch nie einen Zeitzeugen erlebt.

Daniela Schick

Eigentlich sehr schade. Das wäre mal eine Anregung. Vielleicht können wir das weiterleiten. – Wenn Sie jetzt jemand kennenlernen, Lukas, der z.B. aus Dresden oder aus Leipzig kommt, spielt das für Sie irgendeine Rolle?

Lukas Stemler

Das kommt auf das Alter an. Bei der älteren Generation, die das live miterlebt hat, ist es natürlich sehr interessant zu hören, wie das war.

Daniela Schick

Okay, klar. Ich meine bei Gleichaltrigen, auf einer Augenhöhe?

Lukas Stemler

Da gibt es eigentlich keinen Unterschied. Denn seit ich denken kann, gibt es nur einen deutschen Staat. Ich habe es nie anders

erlebt. Von daher macht es für mich überhaupt keinen Unterschied.

Daniela Schick

Sind Sie da ein Einzelfall oder würden Sie sagen, dass Ihre Freunde und Bekannten das ähnlich sehen?

Lukas Stemler

Ich glaube, das sieht meine gesamte Generation so. Man hört zwar ab und zu mal einen Witz: „Oh, der kommt aus dem Osten“, aber ...

Daniela Schick

Ach, das macht man aber schon?

Lukas Stemler

Das macht man schon, doch einen wirklichen Unterschied macht es eigentlich nicht.

Daniela Schick

Professor Rödder, ist das ein Eindruck, den Sie teilen – ausgehend von Ihren Erfahrungen in der Lehrtätigkeit an der Universität Mainz, oder auch aufgrund Ihrer wissenschaftlichen Forschungen? Geht die junge Generation viel unbefangener mit dem Thema um?

Prof. Dr. Andreas Rödder

Den Eindruck habe ich schon. Es ist genau so, wie Sie sagen, Lukas: Wenn man nichts anderes gewöhnt ist, dann ist das Normalität. Man soll die Bedeutung von Normalität ja nicht unterschätzen. Aber umgekehrt heißt das natürlich auch, dass wir in Deutschland sehr viel mehr Menschen haben, für die die Teilung Normalität gewesen ist.

Ich habe vorhin ja schon das große Geheimnis preisgegeben, dass ich 1967 geboren bin, sozialisiert im zweiten Kalten Krieg mit dem

NATO-Doppelbeschluss. Die Normalität, mit der ich groß geworden bin, war eine deutsche Teilung, die meine Generation schon gar nicht mehr wirklich in Frage gestellt hat. Deswegen komme ich, wenn ich auf der Autobahn oder mit dem Zug z.B. nach Erfurt oder Rostock fahre, bis heute nicht umhin, nachzuschauen, ob ich an der früheren Grenze noch Reste der Mauer sehe. Es ist für mich immer noch etwas Besonderes, über diese ehemalige Grenze zu fahren und mich zu erinnern, dass ich damals vor einer solchen Grenze gestanden habe, zwei Mal in jeder Richtung.

Das heißt also: Für die älteren Generationen darf man diese sozialisationsbedingte Erfahrung, mit der Teilung aufgewachsen zu sein, nicht unterschätzen. Und so alt sind Leute wie ich nun auch noch nicht. Diese verfestigte Normalität ist also ebenfalls vorhanden.

Erlauben Sie mir, Frau Schneider, dass ich eine Bemerkung zu Ihnen mache. Es hat mich ungeheuer berührt, was Sie gesagt haben. Ich möchte mich gern dazu äußern, dass Sie sagten, es sei alles umsonst gewesen. Ich weiß, wie Sie das meinen: für Sie persönlich. Aber wissen Sie, die Menschen in der DDR, die in den Achtzigerjahren Ausreiseanträge gestellt haben, waren die Ersten, die den Stein gehöhlt haben.

Besonders berührt hat mich, was Sie dann von der Kommunalwahl berichteten. Mit den Protesten und den Anzeigen gegen das offiziell festgestellte Ergebnis der Kommunalwahl nach dem 6. Mai ging die Protestbewegung, ging die friedliche Revolution in der DDR erst wirklich los. Das heißt, dass Sie, dass Leute wie Sie einen ganz wesentlichen Anteil an der friedlichen Revolution haben.

Ich verstehe, was Sie persönlich meinten, aber Sie erlauben, dass ich als Historiker in einem historischen Blickwinkel darauf schaue. Menschen wie Sie haben diese friedliche Revolution möglich gemacht. Davon ist nichts „umsonst“. Das ist eine große Leistung.



Hannelore Schneider

Das war auch nur das Empfinden just in diesem ersten Moment. Wir sind ja auch rehabilitiert worden. Nach der Wende hat uns das Zentralorgan, so nannte man die Presse der SED, dann freigesprochen: Wir hätten recht gehabt.

Daniela Schick

Landtagspräsident Mertes hat ebenfalls applaudiert und zustimmend auf Herrn Rödder reagiert. Was würden Sie sagen, Herr Mertes: Wie bedeutend waren mutige Menschen wie Frau Schneider, um das Ganze ins Rollen zu bringen?

Präsident Mertes

Das ist wie in jedem System: Solche mutigen Menschen – diejenigen, die laut Nein sagen, wenn alles Ja brüllt – sind diejenigen, die uns zur Umkehr bewegen können. Aber zunächst sind uns Menschen, die laut Nein sagen, eher unangenehm, weil sie unsere Ruhe stören und die Verhältnisse. Das ist so; auch hier. Nicht jeder, der die herrschenden Verhältnisse kritisch einschätzt – beim



Schaffen irgendeiner Institution, eines Energiewerks oder was auch immer –, wird deshalb geliebt. Nein, er wird isoliert. Das durchzustehen ist die Stärke. Da muss man sagen: Respekt davor. Wenn man selbst Bürgermeister ist, liebt man diejenigen mehr, die Ja sagen.

Daniela Schick

Ist das so?

Präsident Mertes

Natürlich, Sie wollen ja Ihre Vorhaben durchsetzen. Aber es gibt eben auch diejenigen, die Nein sagen, und das ganz sachlich. Vorhin gab es durchaus Grund, Beifall zu spenden. In der Tat, es zu wagen, nach einer Wahl zu sagen, „Ihr habt die Neinstimmen nicht richtig ausgezählt“, und Anzeige zu erstatten, war in einem solchen Staat kein Pappenstiel. So viele Helden hat die deutsche Geschichte nicht, dass wir auf Frau Schneider verzichten könnten.

Daniela Schick

Das hätte ja auch anders ausgehen können, als – in Anführungszeichen – „nur“ des Landes verwiesen zu werden. Sie wussten in diesem Moment ja überhaupt nicht, welche Folgen das haben würde. Woher haben Sie den Mut genommen?

Hannelore Schneider

Wir mussten fast drei Jahre lang jede Woche zur Abteilung „Innere“ wandern – ich weiß nicht, wer von Ihnen diese Erfahrung gemacht hat. Ich sehe hier einige nicken, dann fühle ich mich immer gleich ein bisschen mehr zu Hause. Wenn man das drei Jahre lang gemacht hat – mein Mann und ich Hand in Hand und mit Angst im Bauch – keiner wollte dem andern sagen, dass er wieder Angst hatte. Wenn man diesen Herrschaften gegenüber saß, die einem teilweise – das klingt arrogant, aber es war so – intellektuell extrem unterlegen waren, die einen mit falschen Fällen in Gesprächen deutlich machten, dass man eigentlich nichts taugt, und die sich jede Woche etwas Neues ausdachten, dann wird man – glauben Sie es mir – extrem mutig. Mich hat überhaupt nichts mehr erschüttert, wenn ich da hingegangen bin.

Wir haben uns auch gesagt: Was nutzt dieses Engagement? Es ist eigentlich verlogen, wenn wir nur in den Kirchen unsere Aktionen machen – das haben wir ja öfter getan –, und dann gibt es etwas, was nach außen getragen werden soll, und wir würden nicht unterschreiben. Das war der Ausgangspunkt dafür, dass wir 1989 gesagt haben: Jetzt müssen wir auch Farbe bekennen. Es ist ja die Wahrheit, die wir unterschreiben.

Daniela Schick

Jetzt sind Sie Ostdeutsche und Westdeutsche – Sie leben nun schon über zwanzig Jahre lang im Westen. Fühlen Sie sich als Westdeutsche, als Ostdeutsche oder als Deutsche?

Hannelore Schneider

Ich fühle mich zuerst als Deutsche. Ich habe noch sehr starke Bindungen an meine Freunde; das geht Ihnen bestimmt genauso.

Die alten Freunde, die man von jung an hatte, sind einem die nächsten. Die habe ich nun mal im Osten gewonnen, und die habe ich immer noch. Ich habe hier neue Freunde und auch viel Entgegenkommen erlebt. Viele Menschen, die hier leben, verteidige ich im Osten immer, weil es dort manchmal so eine Untergangsstimmung gibt. Ich sage immer: Das Jammertal ist ausgebrochen. Das ist aber eine Mentalität, die ich verstehe. Der kann ich begegnen.

Daniela Schick

Wenn Sie in Ihre alte Heimat fahren.

Hannelore Schneider

Ja, wenn ich nach Hause komme. Ich begegne ihr nicht in meiner Familie, aber in größeren Kreisen. Trotzdem würde ich sagen: Ich fühle mich eigentlich als Deutsche. Ich sehe es als meine Aufgabe – das mache ich immer noch –, wenn irgendjemand über die Ostdeutschen oder über die Westdeutschen spricht, zu vermitteln oder klarzustellen und meine Meinung kundzutun. Wenn ich im Osten bin, mache ich das genauso, weil ich merke, dass es dort ebenfalls Vorurteile gibt.

Daniela Schick

Sie kennen beide Sichtweisen.

Lukas, fühlen Sie sich als Kaiserslauterer, als Rheinland-Pfälzer, als Westdeutscher, als Deutscher, als Europäer? Wie ist da Ihre Kategorie?

Lukas Stemler

Schwer zu sagen. Wir haben gelernt, dass wir Deutsche sind. Aber ein Zugehörigkeitsgefühl – dazu kann ich eigentlich wenig sagen, weil ich in einer Zeit aufgewachsen bin, in der das vielleicht gar nicht mehr so wichtig ist. Man kann in Europa reisen, wohin man will. Man wird an der Grenze kaum kontrolliert. Für mich gab es immer ein vereintes Europa und darin bin ich natürlich Deutscher.

Daniela Schick

Keine weitere Einschränkung oder Kategorisierung? Schön zu hören, dass bei Euch eben einfach alles so selbstverständlich ist.

Herr Bonewitz, würden Sie sagen, dass die Einheit in allen Köpfen angekommen ist?

Herbert Bonewitz

Dass sie angekommen ist, kann man ja nur hoffen. Ich kann das nur an Symptomen feststellen. Ich muss allerdings sagen – gerade im Kabarettsektor ist mir das aufgefallen –, dass das mittlerweile keine große Rolle mehr spielt. Es gibt andere Themen, die die Leute umtreiben, die die Menschen interessieren. Im Moment sind das Sarrazin, die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, der Schuldenabbau, das Sparpaket zu Lasten sozial Schwacher. Aber das Problem Ost-West taucht nicht mehr auf. In den letzten Jahren habe ich es nicht mehr entdeckt.

Kurz nach der Wende war das ein Thema. Da gab es natürlich die „Jammerossis“ und die „Klagewessis“, die sich gegenseitig beharkten. Die einen waren neidisch auf die anderen. Aber das ist danach richtig abgeflaut. Das hat sich nicht mehr dokumentiert, auch nicht in der Weise, dass man sagen würde: Das ist ein Thema, das uns auf den Nägeln brennt. Es gibt jetzt einen Gedenktag, 20 Jahre Einheit; der wird begangen. Alle finden das gut, mehr oder weniger. Doch ein brennendes Thema ist es nicht mehr.

Daniela Schick

Es wird also überlagert durch andere Probleme, über die man spricht.

Herbert Bonewitz

Durch viel aktuellere Dinge, die sowohl Ostdeutschland als auch Westdeutschland betreffen.

Daniela Schick

Herr Mertes, können Sie diese Meinung aus politischer Sicht teilen? Ist in dieser Hinsicht tatsächlich Normalität eingekehrt?

Präsident Mertes

Ja. Ich bin optimistisch, was das Zusammenwachsen angeht. Das sieht man ja auch bei den jungen Leuten, dass sie sich als Europäer fühlen. Als Deutsche zwar durchaus auch – wahrscheinlich, wenn Fußball gespielt wird, sofern man sich für Fußball interessiert.

Daniela Schick

Ich denke mal, als Kaiserslauterer wird man das schon, oder?

Präsident Mertes

Ja, als Lauterer kann man ja gar nicht anders. Aber diese nationalen Abgrenzungen bauen sich in einem geeinten Europa einfach ein Stück weit ab.

Doch ich behaupte: Wenn ein junger Mensch morgen, sagen wir mal, in Australien studieren müsste, dann würde er ganz schnell feststellen, wie schön es ist, auch mal wieder eine deutsche Stimme zu hören und eine Bratwurst zu essen. Das geht einem so, wenn man in der Fremde ist. Auf einmal ist man automatisch auf diesem Weg. Ich selbst habe Freunde in Dallas – die Amerikaner waren ja auch in meinem Dorf. Irgendwann habe ich bei einem Besuch dort in den USA gesagt: „Ich brauche eine deutsche Zeitung, Jerry. Wo gibt es die?“ Dann fuhr Jerry mit mir an die Universität, 35 Meilen entfernt, also so weit wie von meinem hiesigen Wohnort nach Koblenz, um mir eine Zeitung zu besorgen. Die war dann allerdings schon ein bisschen älter. Ich will damit nur sagen: In solchen Lebenslagen nimmt man auf einmal etwas wahr, was man hier sonst im Allgemeinen vielleicht nicht so empfindet. Dann ist es doch schön, Wurzeln zu haben.

Daniela Schick

Wir haben hier vielleicht auch ein bisschen die Mainzer Sicht, die ja auch noch mal eine andere ist als die Ost-Sicht. Es gibt Umfragen, die besagen, dass viele Bürger in den neuen Bundesländern sich mehr als Ostdeutsche denn als Deutsche fühlen. Herr Profes-

sor Rödder, wie kann das sein? Es gibt ja auch das Phänomen der Ostalgie. Man verklärt die DDR also ein bisschen und lässt alte Produkte wiederaufleben. Woher kommt das?

Prof. Dr. Andreas Rödder

Ich teile nicht ganz den uneingeschränkten Optimismus, dass das Land schon völlig zusammengewachsen sei. Ich würde mal sagen: Diejenigen, die über 30 Jahre alt sind, sind schon noch mit der Teilung aufgewachsen.

Wofür wir im Westen gar keinen Blick haben, ist das, was in der DDR am 1. Juli 1990 passiert ist. Da ist innerhalb von kurzer Zeit die gesamte Wirtschaft kollabiert. Jetzt könnte man analytisch sehr klar sagen: „Im Grunde waren es die unproduktiven, dysfunktionalen Strukturen einer Planwirtschaft, die ohnehin nicht mehr funktionierte, denen man dann das letzte künstliche Gerüst entzogen hat. Daraufhin ist sie zusammengebrochen.“ Das ist analytisch natürlich alles richtig. Aber für die Westdeutschen war die Einführung der Marktwirtschaft mit dem Wirtschaftswunder verbunden. Für die Ostdeutschen hingegen ist die Einführung der Marktwirtschaft mit dem großen Deindustrialisierungsschock verbunden gewesen.

Für die Ostdeutschen ist alles anders geworden. Nichts war mehr wie vorher. Ihre Berufsabschlüsse haben nichts mehr gezählt. Sie mussten sich im Geschäft völlig neu orientieren – und das war noch das Harmloseste. Sie mussten sich ihre Sozialversicherung organisieren und, und, und. Die Welt ist vom Kopf auf die Füße gestellt worden – oder umgekehrt. Alles war anders als vorher. Für diese gewaltige Transformation, die die Ostdeutschen generell erfasst hat, hat man im Westen wenig Sinn gehabt. Wenn ich Vorträge halte, merke ich auch heute noch, dass die Diskussionslage im Westen eine völlig andere ist als im Osten.

Eines darf man auch nicht unterschätzen: Wir reden immer nur von der Ost-West-Spaltung, doch die ostdeutsche Gesellschaft ist

in sich eigentlich noch viel stärker gespalten. Innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft gibt es heute mindestens vier Gruppen.

Zum einen gibt es die früheren Trägerschichten des SED-Regimes. Es sind ja nicht wenige Leute gewesen, die dieses Regime getragen haben. Das sage ich ohne jede Wertung. Diese ehemaligen Trägerschichten fühlen sich heute deprivilegiert.

Zum anderen hat es die breite Mitte der Bevölkerung gegeben, die sich irgendwie angepasst und ganz normal gelebt hat.

Ferner gab es die Opposition im Land, und es gab diejenigen, die ausgereist sind. Leute, die sich in Oppositionsgruppen organisiert haben, sind heute enttäuscht, weil gerade die Opfer der SED sich zu wenig entschädigt und anerkannt fühlen.

Und schließlich kommen noch die Westdeutschen hinzu, die die ostdeutsche Gesellschaft, wie die Soziologen sagen, teilweise „überschichtet“ haben.

Die Brüche innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft sind sehr stark. Das sind sie bis heute.

Was die Ostalgie angeht, kommt Verschiedenes zusammen. Auf der einen Seite gibt es durchaus eine gewisse Form von Realitätsverweigerung. Das ist das eine. Aber es gibt natürlich auch die Reaktion der Verarbeitung des Umbruchs und der Enttäuschungen, die ich vorhin erwähnt habe. Im Übrigen gibt es – das soll man in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen – eine ganz normale Nostalgie.

In den Sechzigerjahren haben sich Westdeutsche mit halbwegs glänzenden Augen erzählt, wie „toll“ es doch im Luftschuttkeller gewesen sei. So „toll“ war es im Luftschuttkeller nicht. Aber mit zunehmender Entfernung wird die eigene Vergangenheit irgendwie verklärt. Das ist normal und das sollte man auch den Ost-



deutschen zubilligen. Ich glaube, ein Großteil der Ostalgie ist eine ganz normale lebensweltliche Reaktion, die wir im Westen weniger verstehen, weil es bei uns ganz harmlos ist, die Sechzigerjahre zu verklären.

Daniela Schick

Sie haben die Wirtschaftskraft angesprochen. Dazu möchte ich eine neue Erhebung anführen, die gerade in der „Wirtschaftswoche“ veröffentlicht wurde. Gesucht wurde das Bundesland mit der größten Wirtschaftsdynamik und man fand heraus, dass das Brandenburg ist, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern. Wenn man sich die absolute Wirtschaftskraft anschaut, stehen allerdings Bayern und Baden-Württemberg oben, Rheinland-Pfalz auf Rang 5 und alle neuen Bundesländer hinten. Daher also vielleicht noch einen Blick auf die Wirtschaft. Könnte man sagen: Da ist viel Luft nach oben?

Prof. Dr. Andreas Rödder

Was heißt „viel Luft nach oben“? Die DDR-Wirtschaft war 1989 in einem katastrophalen Zustand. Das Schlimmste war – das hat

man gar nicht so im Blick –, dass die DDR in den Achtzigerjahren auf der Jagd nach Devisen, die sie dringend brauchte, ihren Kapitalstock völlig verschlissen hatte. Das heißt, die Wirtschaft der DDR war 1989 völlig marode. Ohne das künstliche Korsett des COMECON war sie gar nicht mehr lebensfähig. Es sind also zunächst einmal die dysfunktionalen Strukturen der DDR-Wirtschaft zusammengebrochen.

Das Zweite: Die DDR-Wirtschaft hat völlig den Strukturwandel versäumt, den die westdeutsche und die westeuropäische Wirtschaft seit den Fünfzigerjahren erlebt hatten. In der DDR sind Leute in Branchen beschäftigt gewesen, die im Westen seit den späten Fünfzigerjahren bereits einen riesigen Beschäftigtenabbau erlebt hatten. Das hat die ostdeutsche Wirtschaft innerhalb von wenigen Wochen und Monaten durchlaufen müssen.

Noch schlimmer war, dass in der DDR-Wirtschaft keine weltmarktfähigen Produkte existierten und auch kein Wissen darum, wie man sie entwickelt. Zugleich waren die Märkte in den vierzig Jahren seit der deutschen Teilung unter den westlichen Unternehmen aufgeteilt worden.

Im Grunde muss man sagen: In dieser Konstellation sind die Ostdeutschen an sich chancenlos gewesen. Das war eine vertrackte Situation, wobei es ganz schwierig ist zu sagen, wie man es hätte besser machen können. Da packt mich schon manchmal die kalte Wut auf die alte DDR-Zeit. Denn das ist für die Ostdeutschen eine so große Bürde gewesen, dass es ganz schwer war, aus dieser Situation heraus wirklich innovative, weltmarktfähige Produkte in der DDR zu entwickeln.

Daniela Schick

In dieser Beziehung ganz interessant ist der „Soli“, der Solidaritätszuschlag, der noch bis 2019 gezahlt wird: 5,5% der Einkommens- bzw. Körperschaftssteuer.

Lukas, wenn Sie mit dem Abitur und dem Studium schnell sind, könnte es auch noch auf Sie zukommen, das zu zahlen. Ist das ein Beitrag, bei dem Sie sagen: „Ja, das muss sein. Den zahle ich gern, wenn ich später Geld verdiene.“, oder fehlt da ein bisschen das Verständnis dafür, dass man für diese Angelegenheit noch weiteres Geld aufwenden muss?

Lukas Stemler

Für mich selbst ist es ja erst mal viel Geld, das ich dafür zahlen muss. Aber andererseits habe ich nicht erlebt, wie das Leben in der DDR war. Deswegen will ich mir auch nicht anmaßen, darüber zu urteilen, ob es denn rechtmäßig ist, dass wir so viel Geld dafür zahlen. Ich denke aber schon. Es geht ja auch um das Leben der Menschen, die dort gelebt haben. Ich glaube nicht, dass man den Wert dieses Lebens in irgendeine Geldsumme fassen kann. Daher ist eigentlich jede Summe gerechtfertigt.

Daniela Schick

Okay. Außerdem kennen Sie es ja gar nicht ohne den Soli, insofern ist das auch noch mal eine erfrischende Sicht. – Herr Bonewitz, aus Bürgersicht: Verursacht der Soli Bauchweh oder ist er in Ordnung?

Herbert Bonewitz

Er verursacht insofern Bauchweh, als er jedem Steuerzahler Bauchweh bereitet. Aber man darf nicht vergessen: In Ostdeutschland zahlen die Menschen den Soli ja ebenfalls. Das ist ja nicht nur eine westdeutsche Angelegenheit. Es ist eine gesamtdeutsche Steuer, die da abgegeben wird. Und ich glaube, zum jetzigen Zeitpunkt möchte ich das Wort Steuersenkung überhaupt nicht mehr in den Mund nehmen. Also belassen wir den Soli vorläufig mal, bis unsere Finanzen ein bisschen besser gesichert sind.

Daniela Schick

Neben dem Soli zahlen auch die Kommunen Anteile zum Fonds Deutsche Einheit. Er soll helfen, den Einigungsprozess als gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden zu bewältigen.

Herr Mertes, fünf Kommunen in Rheinland-Pfalz haben die Auffassung vertreten: „Wir wollen in den Fonds nicht länger einzahlen, denn wir haben noch mehr Probleme als manche ostdeutsche Kommune. Uns geht es noch schlechter.“ Diese Kommunen sind mit ihrer Klage 2008 vor dem Oberverwaltungsgericht Koblenz gescheitert. Aber dennoch: Kann man nachvollziehen, wenn eine Kommune meint, sie brauche aber auch mal wieder ein bisschen Geld?

Präsident Mertes

Ich kenne den Bürgermeister persönlich und ich habe ihm gesagt: „Du spinnst.“ Wenn wir eine derartige nationale Aufgabe haben, dann geht es nicht, dass jede Kommune für sich selbst entscheidet, ob sie mehr Sorgen hat. Natürlich haben wir kleine Dörfer, die ganz arm sind – so auch die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land. Dort ist diese Diskussion gelaufen. Ich war auch dort und habe heftig widersprochen. Ich halte es nicht für möglich, dass sich einzelne Gemeindeverbände aus einer solchen Sache herauswinden. Wir müssen den Fonds „Deutsche Einheit“ bedienen und müssen die Altschulden abbezahlen.

Herr Professor Rödder, Sie haben gesagt, der Markt sei schon aufgeteilt gewesen. Man muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die bundesrepublikanische Wirtschaft, der bundesdeutsche Handel alles Mögliche aus der alten DDR eingekauft und z.B. über Versandhauskataloge usw. an die Konsumenten ausgeliefert hat. Die können in der DDR also nicht nur Schrott produziert haben, wenn wir das gekauft und in der Küche stehen hatten. Auch was den angeblichen „Schrott“ aus Jugoslawien angeht: Dort kamen unsere Kühlschränke her, die Waschmaschinen, praktisch alles in dieser Richtung, was ein Quelle-Signet hatte. Ich hatte mal so ein Gerät im Haus, daher weiß ich: Die waren gar nicht schlecht.

In Wirklichkeit scheint es mir eher eine Mischung gewesen zu sein. Sie haben gesagt, die Ostdeutschen wollten natürlich nicht für 20% des westdeutschen Entgelts arbeiten. Das ist richtig. Die



Sätze, die Sie geäußert haben, sind auch alle belegt. „Entweder kommt die D-Mark zu uns oder wir zu ihr!“ Es ist jedoch aberwitzig gewesen, die D-Mark in einer einzigen juristischen Sekunde einzuführen.

Man muss sich einmal vorstellen: Als mit den Spaniern, den Portugiesen und anderen Ländern über die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft verhandelt wurde, wurde den Spaniern unter anderem eingeräumt, 15 Jahre lang weiterhin Reifen in ihren Zementwerken verbrennen zu dürfen, „denn ihr braucht Anpassungszeit“. Das haben wir mit allen gemacht. Bei der DDR hingegen passierte das innerhalb einer einzigen Sekunde. Da muss man schon sagen: Das war wie ein Strick um den Hals.

Diejenigen, die zuvor DDR-Produkte kauften, konnten das im COMECON bislang im Wechselgeschäft miteinander tun: Du lieferst Lokomotiven – ich liefere Weizen usw. Die mussten sich nun sagen lassen: „Oh, du willst eine Lokomotive kaufen? Wunderbar. Sie kostet jetzt in D-Mark zwei Millionen.“ Dann haben die anderen

Länder natürlich gesagt: „Liebe Leute, dann können wir ja auch direkt in Westdeutschland eine Siemens-Lokomotive kaufen.“

Das heißt also, es gibt vieles, was da schiefgelaufen ist mit dieser schnellen Entscheidung. Aber ich will nicht leugnen, dass der Druck hoch war.

Die westdeutschen Unternehmen haben sich gefragt: „Brauchen wir für 17 Millionen Bürger, die zusätzlich kommen, wirklich eine neue Fabrik? Können wir das nicht selbst produzieren?“ Die Märkte wurden untereinander aufgeteilt. Deshalb hat der Osten es heute so schwer. Was die Wiedervereinigung angeht, war die Deindustrialisierung für mich der größte Schock. Die Leute waren alle gewohnt zu arbeiten. Die DDR war ein Unrechtssystem und es mag nicht immer die schönste Arbeit gewesen sein. Sie mag nicht unseren arbeitsrechtlichen Anforderungen entsprochen haben, in Bezug auf die Arbeitssicherheit schon gar nicht.

Was aber am Ende herauskam, das war – wie soll ich sagen? – die Flucht in den Westen, provoziert durch diese schnelle Entscheidung. Vielleicht gibt es in vierzig Jahren einmal Leute, die untersuchen, welche Schritte man hätte gehen können. Auf jeden Fall ist eines klar: Wir haben allen Beitrittsländern der Europäischen Gemeinschaft, von den sechs Kernländern der Römischen Verträge abgesehen, eine lange Übergangsfrist eingeräumt, in der sie in bestimmten Stufen langsam auf ein Niveau kommen konnten, das die anderen hatten. Bei der DDR wurde das nicht gemacht.

Das ist der Grund dafür, dass wir dort eine Deindustrialisierung beobachten mussten. Wir haben Landschaften bekommen, in denen zwar viele Parks angelegt werden, aber nur wenige Arbeitsplätze entstehen. Das beklage ich am allermeisten.

Daniela Schick

Könnte das für den Osten denn auch eine Chance sein? Ich meine das in dem Sinne – das ist jetzt ein bisschen provokativ for-

muliert –, dass es dort insgesamt weniger Leute geben wird und dass auch mehr ältere Leute in einem Landstrich leben werden. Das ist ja etwas, was vielleicht auch auf uns Westdeutsche zukommen wird. Ist das dann schon mal eine „Vorarbeit“, die da geleistet wird, Herr Professor Rödder?

Prof. Dr. Andreas Rödder

Nun, das ist natürlich ein etwas schwacher Trost. Nein, die Hoffnung liegt einzig darin, dass in Ostdeutschland weltmarktfähige Produkte entwickelt werden. Das ist zum Teil im Bereich der Solarenergie der Fall, aber das sind alles sehr langsame Anfänge.

Ich würde aber gern noch eines hinzufügen, Herr Mertes. Das ist schon richtig mit der Europäischen Gemeinschaft. Nur gibt es zwei Unterschiede. Erstens gab es damals keine Währungsunion zwischen diesen Ländern und der Bundesrepublik und zweitens gab es zu dieser Zeit keine Freizügigkeit, z. B. von Spanien nach Deutschland.

Natürlich hätte man mit einer schrittweise vollzogenen ökonomischen Angleichung operieren können. Nur hatten die Ostdeutschen das Recht, jederzeit nach Westdeutschland zu kommen. Das hat die ganze Situation so ungeheuer problematisch gemacht. Wie gesagt: Die Wirtschaftsverbände und die Wirtschaftsexperten haben solche schrittweise aufgebauten Lösungen ja gefordert. Aber die Frage ist, wie das in der Praxis wirklich hätte funktionieren können.

Was die ostdeutsche Wirtschaft angeht, wurden einige – vermeintliche – Erfolge gefeiert: Opel in Eisenach, Volkswagen in Zwickau, Porsche in Dresden. Es ist jedoch genau das eingetreten, was Sie gesagt haben, Herr Mertes: Für die westdeutsche Industrie war es kein Problem, die DDR mitzuversorgen. Das heißt, bei funktionierenden Produktionsunternehmen gab es im Grunde genommen gar keinen Bedarf nach weiteren Unternehmen aus der DDR. Deshalb hatten die Ostdeutschen, die ja auch

kein Wissen um irgendwelche Märkte oder um die Entwicklung von Produkten hatten, unglaubliche Probleme, sich zu etablieren.

Das Problem beispielsweise von Opel in Eisenach ist dasselbe wie bei all diesen Unternehmen. Die DDR hat historisch unglaubliches Pech gehabt. Der Westen hat ungeheuer davon profitiert, dass nach 1945 die großen Unternehmen wie Siemens, Schott etc. in den Westen gekommen sind. Die waren alle nicht mehr in der DDR. Und jene Unternehmen, die nach der Wende im Osten gebaut haben – wie Opel in Eisenach –, haben dort das eingerichtet, was man die „verlängerte Werkbank“ nennt. Die Konzernzentralen sowie die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen – wo die wirklich ambitionierten Leute arbeiten – sind weiterhin im Westen angesiedelt, z. B. in Rüsselsheim.

Im Osten sind also Produktionsstätten entstanden, aber keine Innovationskerne. Das ist das eigentlich Tragische an dem Ganzen. Das hat man sicherlich zu optimistisch eingeschätzt und mehr erhofft. Aber dafür gab es im Grunde kaum tragfähiges Potenzial. Das ist die große Tragik der ostdeutschen Wirtschaft, dass sie da keine Möglichkeit hatte, ein Bein an Deck zu kriegen.

Daniela Schick

Und die Folgen sind bis heute zu spüren?

Prof. Dr. Andreas Rödder

Ja, das ist der Grund für die Arbeitslosigkeit. Und diese wirtschaftliche Struktur ist definitiv auch die Achillesferse der deutschen Einheit.

Daniela Schick

Und es wird wahrscheinlich noch einige Jahre brauchen, bis sich das egalisiert.



BÜRGERDIALOG – AUSZÜGE

Daniela Schick

Liebe Zuhörer, wir sind mittendrin in der Diskussion. Jetzt würde ich gern wissen, was die ganze Zeit in Ihren Köpfen vorgegangen ist. Wir wollen den Kreis der Diskutanten öffnen. Haben Sie Fragen, haben Sie Diskussionsbeiträge? Melden Sie sich bitte, wenn Sie zu dieser Diskussion etwas beitragen wollen.

Prof. Dr. Bodo Müller

Guten Abend. Ich komme aus Mainz und war lange Jahre als Jurist an der Fachhochschule in Koblenz tätig. Ich möchte zwei Punkte ansprechen.

Das eine ist die doch etwas zwiespältige Haltung der Intellektuellen im Westen vor der Wende. Es gab unheimlich viele Leute, die sich mit der Teilung abgefunden hatten und das auch lautstark international gepredigt haben. Ich habe z. B. eine internationale Veranstaltung in Boston besucht, dort gab es eine „Conference

on the GDR". Es kamen Teilnehmer aus dem Westen und aus dem Osten und es war geradezu bizarr zu hören, wie westdeutsche Diskussionsteilnehmer dort aufgetreten sind. Noch bizarrer wurde es hinterher, als herauskam, dass z. B. ein Politologe aus Mannheim als Stasispitzel gearbeitet hatte. Das ist die eine Sache.

Das andere, was ich ansprechen möchte: Ich schaue auf heute. Die ganze Zeit ging mir durch den Kopf: Wahrscheinlich sitzt niemand von der Partei „Die Linke“ hier. Ich bin auch froh, dass ich keinen sehe, aber wenn ich die demoskopischen Untersuchungen lese und dann feststelle, dass stramme 10% „Die Linke“ wählen und Oskar Lafontaine sich in altbewährter Manier breitmacht, dann würde ich eigentlich schon jedem, vor allem auch den jungen Deutschen, empfehlen: Lesen Sie mal das Buch von Hubertus Knabe, „Die Wahrheit über DIE LINKE“. Hubertus Knabe hat auch in Hohenschönhausen eine Funktion. Er dokumentiert sehr viel und kommt Gott sei Dank mittlerweile auch in der Presse vor.

Daniela Schick

Ich habe vernommen, dass Herr Mertes gern antworten möchte.

Präsident Mertes

Ja. Lieber Herr Müller, ich will Ihnen auch sagen, warum dem so war. Nehmen wir jetzt einmal nicht 1989, sondern die Zeit, in der ich so alt war wie Herr Stemler heute. Da haben wir im Kalten Krieg gelebt, und zwar in einem Kalten Krieg voller Angst. Ich erinnere mich daran, dass während des Attentats bei der Olympiade in München – ich war zu dieser Zeit bei der Bundeswehr – Munition an uns ausgegeben wurde. Ich will nur sagen: So etwas gab es. Für uns war die größte Angst, in einen Atomkrieg verwickelt zu werden, weil wir, etwas plakativ gesagt, der Meinung waren, die Russen würden keine Rücksicht nehmen und den Amerikanern wäre es egal, solange sie nicht selbst betroffen wären. Dann würden wir in Westdeutschland es abkriegen und die Ostdeutschen auch.

Das heißt, man hat seine Worte sehr sorgfältig gewogen: „Ist das sinnvoll? Kann man das machen?“ Im Rückblick sage ich Ihnen – da haben Sie vollkommen recht –: Es war ein Fehler, dass wir z. B. nicht zur polnischen Solidarność gegangen sind und gesagt haben: „Okay, mit euch wollen wir Kontakt haben.“ Nur muss man immer schauen, was war.

Und zu diesem Zeitpunkt war es so, dass man in Europa, ich nenne das mal den „Nichtkrieg“ – denn als Frieden kann man es wohl kaum bezeichnen, wenn man sich derartig mit Waffen bedroht –, stabilisieren wollte. Denn wir alle, auch diejenigen, die nach dem Krieg geboren wurden, hatten noch vor Augen, was es bedeutet, wenn alles kaputt ist. Ich habe noch Leute erlebt, die verletzt worden waren, die einen Arm oder ein Bein verloren haben – das waren unsere Lehrer. So etwas wollten wir nicht noch einmal erleben. Daher war alles, was den Status quo irgendwie ändern würde, für uns voller Gefahren.

Wenn man auf 1989 schaut oder darauf, dass die Solidarność es fertiggebracht hat, ein ganzes Regime an die Wand zu drücken, wenn man sieht, dass in Ungarn der Grenzzaun durchgeschnitten wurde und dass dort DDR-Touristen, die sich in die Botschaft der Bundesrepublik geflüchtet hatten, mit dem Zug ausreisen durften, dann waren das Begebenheiten, die in den Siebzigerjahren vollkommen unmöglich gewesen wären – das war waffenstärkend. Das muss man einfach sehen. Erst als wir gemerkt haben, dass wir feiger sind als diese Menschen – damit meine ich jetzt Sie, Frau Schneider, und die Polen, die Tschechen und die Ungarn, die sich gewehrt haben –, haben wir gesagt: Es kann doch nicht sein, dass wir als Demokraten das alles ignorieren. Aber vorher, das muss man zur Kenntnis nehmen, ist uns einfach – so hat man das früher genannt – der Frack gesauert. Wir hatten Angst vor einer kriegerischen Auseinandersetzung.

Das kann man jetzt leicht übersehen. Aus heutiger Perspektive könnte man auch sagen: „Lieber Willy Brandt, du bist einer der

Größten, die wir hatten. Aber du hättest eigentlich zu Lech Wałęsa hinfahren müssen, als du in Warschau warst, egal welche diplomatischen Verwicklungen das gebracht hätte.“ Das kann man jetzt sagen. Damals hatten wir erlebt, zu welchen Verwicklungen im Zusammenhang mit Polen allein schon die Tatsache geführt hat, dass Willy Brandt 1970 in Warschau niedergekniet ist – und zwar nicht vor einem polnischen Denkmal, sondern vor einem Denkmal für die Juden, für das Jüdische Ghetto. Wir hatten erlebt, was es bedeutete, wenn wir versuchten, den Polen einen Kredit zu geben und wie das innenpolitisch hier ankam. Ich gebe es also zu: Wir waren feiger als diejenigen, die für die Veränderung im Osten gekämpft haben. Aber diese Feigheit hatte historische Erfahrung als Hintergrund.

Daniela Schick

Das ist ja immer ein Unterschied: Was hat man damals aus der Situation heraus wahrgenommen? Was kann man jetzt in der Rückschau sagen? Das unterscheidet sich meist ziemlich.

Herbert Korte

Ich komme aus Mainz und war 35 Jahre lang Lehrer am Gymnasium in Bad Sobernheim. Mitte der Siebzigerjahre hatte ich unter anderem einen Leistungskurs Erdkunde. Dort stand auch der Systemvergleich Ost – West auf dem Lehrplan. Ein Schüler, der mich darauf ansprach, sagte: „Alle Unterlagen, die Sie uns zur Verfügung stellen, stammen ausschließlich aus dem Westen. Wer sagt uns denn, dass das richtig ist, was Sie uns erzählen?“

Das hat mich dazu veranlasst, 1978 mit einer Gruppe von Lehrern in die DDR zu fahren. Wir waren in Erfurt und haben von dort aus noch einige weitere Städte besucht. Dies hat mich dann auch veranlasst, Schülerfahrten in die DDR durchzuführen, und zwar von 1980 bis 1990 jedes Jahr eine Fahrt mit Schülern der Oberstufe. Die Schüler wollten dies auch – die Eltern manchmal nicht: „Alles Kommunisten!“ Es gab wenige Kommunisten in der DDR, aber

offiziell war das sicherlich anders. Ich selbst habe nur einen einzigen echten Kommunisten kennengelernt, das war ein edler 75-jähriger Mensch.

Als Fazit aus diesen Fahrten haben die Schüler gesagt: Eigentlich müsste jeder, der in Deutschland Abitur macht, auch die DDR besucht haben. Nach der Wiedervereinigung war das Interesse aber leider weg. Es wäre viel interessanter gewesen, auch anschließend noch hinzufahren.

Von daher: Ich war von 1978 bis 1989 insgesamt 35-mal in der DDR, auch privat, mit meiner Familie. Meine älteste Tochter wohnt seit 13 Jahren in Erfurt. Mein elfjähriger Enkel ist eine echte „Erfurter Puffbohne“, ein Lokalpatriot, wie man ihn sich nur denken kann. Er fühlt sich weder als Ossi noch als Wessi, sondern einfach als Deutscher.

Ich habe zwar keine Frage an Sie, will aber etwas zu dem anmerken, was Frau Schneider gesagt hat. Ich war auch privat in der DDR und weiß: Sehr viele, die Ausreiseanträge gestellt haben, haben ihre Arbeit verloren, wurden abgeschoben oder hatten immer diese Einladungen zu bestimmten Abteilungen.

Meine Tochter, die in Erfurt wohnt, hat gesagt: „Papa, geh doch mal zu diesem Büro in Erfurt und frage nach deiner Stasiunterlagen.“ Das habe ich dann auch getan, und da gab es tatsächlich 113 Seiten Stasiunterlagen. Darin hieß es immer: „vertritt seine bürgerliche Meinung“.

Daniela Schick

Das kann man ja noch unterschreiben. – Frau Schneider, ich möchte jetzt Sie ansprechen. Sie haben sowohl in Ostdeutschland als auch hier als Lehrerin gearbeitet. Wie unterscheidet sich Ihre jetzige Arbeit von der damaligen?

Hannelore Schneider

Erst noch kurz zu Herrn Korte. Ich habe ebenfalls meine Arbeit

verloren. Ich wusste aber vorher, dass das geschehen würde. Man wurde dann zum Amt bestellt und bekam mitgeteilt: „Sie sind nicht mehr erwünscht.“ Ich hatte auch Hausverbot, durfte die Schule nicht mehr betreten. Viele Kollegen haben die Straßenseite gewechselt, wenn sie mich in der Stadt gesehen haben.

Aber ich habe einen Job beim St.-Benno-Verlag bekommen. Ich hatte ja auch Germanistik studiert. So war ich im Schoße der Kirche wohlbehütet. Ich habe dann zu Hause für den Verlag gearbeitet.

Was Ihre Frage anbelangt: Die Unterschiede sind schon vehement. Zwar nicht fachlicher Art, aber natürlich gibt es, wenn man, wie ich, Deutsch unterrichtet hat, also auch Goethe bis zur Klasse 12 – in der DDR ging es ja nur bis Klasse 12 –, und auch die Weihen der Literatur durchforstet oder nachvollzogen hat, schon einen Unterschied. Ich habe aber aufgrund der Erziehung durch meine Eltern, die sehr christlich geprägt war, eine eigene Sicht gehabt – wenn auch sicherlich mit dem Doppelgesicht „Das darfst du laut sagen, das nicht“. Ich habe auch in meiner Studenzeit durch die Studentengemeinde sehr viel Literatur aus dem Westen bekommen. Mit der habe ich z.B. auch meine Prüfungen bei Professoren absolviert, die sich gefreut haben, dass ich diese Bücher kannte. Die waren offiziell gar nicht erlaubt. Da habe ich vieles mitgebracht und festgestellt, dass das Fach Deutsch stark ideologisiert war – wie alles. Mathe vielleicht nicht; das ist Quatsch, wenn man sagt, die Mathematik sei ideologisch verbrämt gewesen.

Daniela Schick

Das ist bei Mathematik auch ein bisschen schwieriger.

Hannelore Schneider

Die Naturwissenschaften waren weniger ideologisiert, aber Deutsch und Englisch durchaus. Gut, ich habe meinen Schülern

über viele Jahre hinweg beigebracht, wie furchtbar der Kapitalismus in England wütet, wie arm man dran ist und wie schlecht es einem geht – was meine Schüler mir natürlich nicht geglaubt haben. Dessen war ich mir bewusst und ich muss Ihnen sagen, dass ich für mich ein Prinzip entdeckt habe, den Unterricht entsprechend zu gestalten. Ich habe meinen Jugendlichen gesagt: „Das Buch lehrt ...“. Diejenigen, die mich kannten oder mit denen ich eines Sinnes war, wussten genau, was ich meine. Ich muss ganz ehrlich sagen, damit habe ich meine Scham ein bisschen versteckt – die Scham darüber, den Jugendlichen Dinge zu sagen, hinter denen ich überhaupt nicht stand.

Das war auch ein ganz wichtiger Grund dafür, zu gehen. Ich bin nämlich unheimlich gerne Lehrerin. Doch wenn die Wahrheit permanent mit Füßen getreten wird, wenn Sie jungen Leuten, die Sie mögen und die Ihnen irgendwie anhängen, Dinge beibringen müssen, die Sie ihnen nicht beibringen wollen, dann ist es irgendwann genug.

Als ich hierher kam, habe ich gemerkt: Auch hier bin ich Lehrerin mit Herz. Auch hier mögen mich die Schülerinnen und Schüler mehrheitlich – sicherlich nicht alle, aber doch viele. Ich hatte ein gutes Fundament, muss ich sagen. Mein Wissen war okay. Der Studienseminarleiter Englisch in Oberhausen hat mich mit den Worten begrüßt: „Können Sie überhaupt Englisch? Bei Ihnen spricht man doch nur Russisch.“ Aber nach einem Jahr hatte ich ihn dann doch sehr gut überzeugt.

Der Unterschied ist: Wir verändern uns in unserer Schule von Jahr zu Jahr. Die Aufgaben sind inzwischen ganz andere. Es ist im Osten wie im Westen so, dass wir mit der Sozialisation viele Probleme haben, dass wir eine Entfremdung zwischen Kindern und Elternhaus erleben, die bis in die Schule hineingetragen wird. Es ist also weniger das Fachliche; damit habe ich überhaupt keine Probleme.

Am Anfang hatte ich Probleme damit, hier die Kinder mit Migrationshintergrund und ihren Lebensstil kennenzulernen, den ich aus dem Osten überhaupt nicht kannte. Ich habe jedes türkische Kind gebeten, mir seinen Namen zu sagen, weil ich den fast immer falsch ausgesprochen habe. Ich hatte kein Hintergrundwissen. Ich musste die Kulturen kennenlernen, bin ganz offen darauf zugegangen. Das mache ich bis heute so.

Ich habe gemerkt, dass die Disziplin, die in der DDR ja ein hohes Gut war – Ordnung, Vorbereitung und was noch so alles damit zusammenhängt –, schon einen gewissen Wert hat, dass aber die Kontrolle, die die Lehrer dort auf die Familie ausübten, verheerend war. In der DDR wurden Familien kontrolliert. Ich bin zu jedem Schüler zweimal im Jahr nach Hause gegangen. Das musste jeder Lehrer tun, sogenannte Hausbesuche. Bestimmt haben das einige Lehrer missbraucht. Hier gibt es das nicht, aber hier wünschte ich mir manchmal doch, dass ich ein bisschen mehr mit den Eltern arbeiten könnte.

Daniela Schick

Es gibt also positive und negative Aspekte auf beiden Seiten.

Heinz Koch

Ich wohne in Budenheim, bin gelernter Modellschlosser und habe über 30 Jahre lang als Sozialsekretär bei der katholischen Kirche gearbeitet. Ich gehöre zu jener Generation, die den Kalten Krieg von Anfang an mitgekriegt hat – ich bin 1938 geboren.

Ich habe den Eindruck, dass das Verständnis zwischen Ost und West heute Abend etwas zu positiv, zu verantwortungsbewusst dargestellt worden ist. Wenn ich die Meinungen in Straußwirtschaften und an Stammtischen höre, habe ich den Eindruck, dass es doch diese berühmte „veröffentlichte“, verantwortungsvolle Meinung gibt und daneben das, was im Volk geredet wird. Da gibt es doch viele Leute, die, sobald man auf



Fremde und auf Finanzen zu sprechen kommt, äußern, dass die Wiedervereinigung Schuld sei. Da gibt es sehr viele Leute, die sagen, man hätte die Mauer einen Meter höher machen sollen. Da steht man in der Regel allein und fragt sich: Sollst du dir jetzt den Abend verderben und es mit allen Leuten aufnehmen?

Mich würde wirklich interessieren, Herr Professor Rödder, ob es Meinungsumfragen gibt, die in dieser Hinsicht unangenehmer sind und die nicht nur von verantwortungsbewusstem Denken zeugen, sondern auch von einer Einstellung, die noch aus der Zeit kommt, als die Sprache Ulbrichts praktisch die Sprache des Unmenschen war – als alle diese Vorbehalte eben noch nicht ausgeräumt waren.

Prof. Dr. Andreas Rödder

Ich glaube, das ist ein wichtiger Hinweis. Denn in der Tat neigen wir auf solchen Podien dazu, uns die Dinge unter Umständen auch schönzureden. Das ist schon richtig.

Es gibt vielerlei Umfragen, die diese Dinge belegen – dass soundso viel Prozent der Ostdeutschen und soundso viel Prozent der Westdeutschen dies und jenes meinen. Ich hatte es vorhin angeschnitten: Ich glaube, das Problem der Wiedervereinigung liegt gar nicht so sehr in den institutionellen Regelungen als in den Haltungen, und zwar auf beiden Seiten.

Wenn es heißt, Probleme des Sozialstaats und Probleme mit der Rente würden durch die Wiedervereinigung hervorgerufen, dann ist das in gewisser Hinsicht auch richtig. Natürlich hat sich dieses Land mit den Lasten der Wiedervereinigung zu einem großen Teil übernommen. Die Frage ist nur: Was wäre denn die Alternative gewesen? Genau das, was Sie erwähnten: Die Alternative wäre gewesen, im Westen zu sagen: „Nö, das wollen wir jetzt nicht. Wir machen die Mauer wieder zu. Wir wollen mit den Osis nix zu tun haben.“ Also, herzlichen Glückwunsch – das wäre erstens verfassungsrechtlich nicht möglich gewesen und zweitens muss man sich mal vorstellen, die Westdeutschen hätten, nachdem sie vierzig Jahre lang von den Brüdern und Schwestern im Osten gesprochen haben, in dem Moment, als es dann so weit war, gesagt: „Nein, danke.“

Natürlich ist wahnsinnig viel Geld vom Westen in den Osten geflossen. Aber ich weise darauf hin: Auch da gibt es zwei ganz unterschiedliche Haltungen. Die Westdeutschen neigen dazu, zu sagen: „Wir haben nun so viel Geld an den Osten gezahlt. Die sollen auch mal dankbar sein.“ Das ist eine aus westlicher Sicht durchaus nachvollziehbare Haltung.

Die ostdeutsche Sicht ist eine völlig andere. Die Ostdeutschen sagen: „Moment mal, Freunde. Wir haben den Krieg gemeinsam verloren. Nach dem Krieg habt Ihr im Westen das Glück gehabt, dass die Amerikaner Euch mit dem Marshallplan geholfen haben und ihr eine wohlhabende Demokratie aufbauen konntet, während uns im Osten die Sowjets das Land ausgeräumt haben und uns auf die sozialistische Diktatur festlegten. Historische

Gerechtigkeit heißt aus unserer Warte, dass Ihr jetzt dran seid.“ Das ist die ostdeutsche Sicht – eine völlig andere als die westdeutsche.

Das Problem ist, dass die Ostdeutschen vergleichsweise wenig Sinn für die westdeutsche Sicht haben, die besagt: „Freunde, Ihr könnt Euch doch jetzt nicht einfach vom westdeutschen Sozialstaat alles finanzieren lassen!“ Und die Westdeutschen haben keinen Sinn für die Ostdeutschen, die sagen: „Jetzt sind wir aber mal dran!“ Das gehört zu den deutschen Befindlichkeiten, die man nicht ausräumen kann, ebenso wie die Vorurteile von beiden Seiten. Im Westen hört man – wie auch Herr Koch eben berichtete –: „Durch die Ostdeutschen, durch die Einheit haben wir Probleme mit den Renten und mit dem Sozialstaat.“ Das ostdeutsche Vorurteil lautet umgekehrt: „Der Westen hat hier alles platt gemacht.“ Ich muss sagen: Dazu muss man wahrscheinlich deutsch sein, damit das so ist.

So, wie die Deutschen 1989/1990 die Lasten der Wiedervereinigung erst mal völlig unterschätzt haben, neigen sie heute dazu, vieles schlechtzureden. Deswegen ist das, was Sie sagten, ganz wichtig. Es gibt diese gespaltenen Debatten und Diskurse. Und es gibt ungeheure Ressentiments. Wie gesagt, man muss wahrscheinlich in Deutschland sein, damit das alles so weit auseinander driftet. Ein Stück weit muss man es wohl auch ertragen, vielleicht aber schlicht und einfach auch darüber reden. Auch dadurch tut sich wenigstens zwanzig Jahre danach etwas. Diese im Kern positive Entwicklung hat mich zum Schluss meines Einleitungsvortrages dazu ermutigt, aus dem Text der Hymne der DDR zu zitieren, „dass die Sonne schön wie über Deutschland scheint“.

Daniela Schick

Ich habe bei der Vorbereitung auf diese Podiumsdiskussion eine interessante Studie gefunden, den Sozialreport 2010, erhoben vom Bundesverband Volkssolidarität. Dort wurde festgestellt, dass 40% der Bevölkerung „nur kleine Unterschiede“ zwischen

Ost und West sehen, 56% aber immerhin noch große Unterschiede. Jeder dritte Westdeutsche sieht durch die Einheit für sich persönlich mehr Verlust als Gewinn. 11% hätten am liebsten die Mauer wieder – diese Leute haben Sie am Stammtisch getroffen, Herr Koch, die sich da geäußert haben. Aber immerhin sehen in der Einheit 37% der westlichen Befragten für sich einen Gewinn. Im Osten waren es dieser Studie zufolge 42%.

Prof. Dr. Andreas Rödder

Diese Studien „belegen“ natürlich immer alles. Es kommt selbstverständlich darauf an, wie Sie fragen. Nur muss man aufpassen: Wir neigen auch ein bisschen arg zu deutscher Nabelschau. Denn wenn wir uns jetzt einmal die jüngste öffentliche Debatte, die Sarrazin-Debatte – die ich jetzt nicht aufwärmen will – ansehen, stellen wir fest, dass die Spaltung zwischen Deutschstämmigen und Migranten letztendlich doch ein viel größeres Problem ist, an dem wir in diesem Land arbeiten müssen – „größer“ im Vergleich zu der Ost-West-Spaltung. Die will ich gar nicht kleinreden, aber wir dürfen das jetzt auch nicht zum einzigen Problem erheben.

Ich glaube, die Frage, wie wir die Migranten in Deutschland dazu bringen, sich zu ihrem eigenen Vorteil und zum gesamtgesellschaftlichen Vorteil in diese Gesellschaft zu integrieren und ein dynamischer Teil dieser Gesellschaft zu werden, ist letztendlich das wichtigere Zukunftsthema. Da müssen wir größere Gräben überbrücken.

Walter Bück

Ich will anknüpfen an die Ausführungen von Herrn Professor Rödder zur wirtschaftlichen Lage. Ein wichtiger Grund für eine gewisse Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung in den neuen Bundesländern ist meiner Ansicht nach darin zu sehen, dass die Bürger von einem zum anderen Tag mit den gediegenen wirtschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik konfrontiert wurden. Die Grenze zum Westen hin war zuvor total abgeschottet.

Nur wenige Bürger hatten die Möglichkeit, in die Bundesrepublik zu reisen. Die Bürger der DDR konnten nur in andere Ostblockländer reisen. Dort konnten sie vergleichen und feststellen, dass ihre DDR eine bevorzugte Stellung im Ostblock eingenommen hat. Das hat sie natürlich dazu animiert, auf ihren Staat stolz zu sein.

Dann befanden sie sich auf einmal in der neuen Situation, dass sie in der wirtschaftlichen Ordnung ganz anders dastanden. Das ist meines Erachtens eine gute Erklärung und eine Entschuldigung dafür, dass diese Bürger eine gewisse Unzufriedenheit gezeigt haben.

Hermann Beuchel

Ich bin in der DDR groß geworden, bin 1959 mit meiner Familie geflüchtet und habe die ganze Zeit über regen Kontakt gehalten, soweit es ging. In den ersten Jahren ging es nicht, aber selbst heute habe ich noch fast täglich Kontakt zu meinen dortigen Angehörigen bzw. den Angehörigen meiner Frau.

Dabei taucht die Frage auf: „Wieso wird eine Krankenschwester oder eine Pflegekraft in Westdeutschland besser bezahlt als in Ostdeutschland? Haben die Patienten im Westen einen breiteren Hintern, sodass sie schwerer zu wenden sind, oder woran liegt das?“ Genauso: Meine Schwägerin ist Rektorin, ist verbeamtet. Sie bekommt nicht das gleiche Gehalt, die gleiche Pension wie eine vergleichbare Schulrektorin im Westen. Wann wird es so weit sein, dass wir auch auf diesem Gebiet eine einheitliche Regelung haben, damit die Einheit Deutschlands wieder ein Stück besser wird?

Prof. Dr. Andreas Rödder

Im öffentlichen Dienst haben wir die Gehaltsangleichung ja weitgehend.

(Hermann Beuchel: Ja, „weitgehend“!)

Nur steht auf der einen Seite das Gehaltsniveau und auf der anderen Seite stehen die Produktivität und die Lebenshaltungskosten. Wenn Sie allein die Produktivität sehen, können Sie rein ökonomisch betrachtet sagen, dass es gesellschaftlich und politisch natürlich sehr angenehm war, dass die Löhne in den neuen Ländern sehr viel schneller gestiegen sind als die Produktivität. Aber das ist gesamtwirtschaftlich ein Problem.

Die Löhne in den neuen Bundesländern sind, verglichen mit dem Westen, prozentual deutlich höher als die Produktivität. Das ist für die Wirtschaft vor Ort – ich argumentiere jetzt volkswirtschaftlich –, für die Wirtschaftskraft des Ostens durchaus ein Problem. Es ist schon richtig, was Sie vorher sagten: Entscheidend ist immer der Vergleichsmaßstab. Ist es der Westen? Sind es die anderen Länder in Osteuropa? Ist es der Status von 1989?

Wenn es in den neuen Bundesländern die gleichen Löhne gäbe wie im Westen, würde man es allerdings auch wieder als ungerecht empfinden, dass z. B. das Mietniveau und die Preise für Immobilien deutlich geringer sind. Wenn Sie das alles zusammenrechnen, ist die Situation insgesamt gar nicht so problematisch. Sie haben ja auch nicht unerhebliche Lohndifferenzen zwischen München und dem ländlichen Raum in Schleswig-Holstein oder Zweibrücken-Land.

Präsident Mertes

Zwischen Mainz und Simmern!

Prof. Dr. Andreas Rödder

Zwischen Mainz und Simmern haben Sie das auch. Wenn wir es gesamtwirtschaftlich betrachten, sind die Löhne im Osten deutlich stärker gestiegen als die Produktivität. Das muss man auch mal berücksichtigen.

Daniela Schick

Meine Damen und Herren, ich darf mich schon einmal bedanken

für die vielen Kommentare und Fragen aus dem Plenum. Wir kommen nun langsam zum Schluss. Ich möchte gern noch eine kurze Schlussrunde mit den Podiumsteilnehmern durchführen, verbunden mit der Bitte um kurze Antworten.

Herr Mertes, ich fange mit Ihnen an. Sie haben in Ihrem Eingangstatement ja auch die Konversion in Rheinland-Pfalz angesprochen. Damit beziehen wir das Thema Wiedervereinigung noch einmal auf uns, denn mit dem Ende des Kalten Krieges gingen auch große Veränderungen in Rheinland-Pfalz einher. Wie sieht Rheinland-Pfalz heute aus? Inwieweit hat sich unser Land verändert?

Präsident Mertes

Wenn Sie in diese Richtung fragen, muss ich sagen: Für uns war der Abzug der Streitkräfte ein Vorteil. Wir konnten vieles tun, was wir zuvor nicht tun konnten. Wir konnten insbesondere neue Flächen erschließen. Für uns war das also ein Glück. Es war auch ein Glück für die Menschheit – wir brauchen nicht so viele Soldaten. Auch das gehört dazu. Es war auch ein Glück für alle anderen.

Zum Schluss will ich Folgendes sagen, meine Damen und Herren: Die Länder, die nicht Deutschland heißen – wie Polen, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn –, sie alle mussten ihre Wiedervereinigung mit der Freiheit, ihre Wiedervereinigung mit den demokratischen Rechten alleine erarbeiten.

In Oppeln verdient der Erste Geiger des Orchesters ungefähr 450 Euro im Monat. Sie wissen alle gut: Der Erste Geiger ist der Kapellmeister, das ist der Trainer, das ist derjenige, an dem viel hängt. Wenn der Erste Geiger in einem solchen Orchester, der für seine Stellung vielleicht sieben Jahre lang studiert hat und sich wahrscheinlich zehn Jahre lang hochdienen musste, heute monatlich 450 Euro verdient, dann sehen wir erst die wirklichen Unterschiede, die entstehen. Noch heute haben z.B. in Polen die Arbeitnehmer im Durchschnitt keine 30% unseres Einkommens. So schlimm kann es um uns also nicht bestellt sein. Im Gegenteil.

Daniela Schick

Frau Schneider, Sie haben uns heute Abend an Ihrer bewegten Lebensgeschichte teilhaben lassen. Würden Sie – 20 Jahre nach der Wiedervereinigung und 21 Jahre nach den Veränderungen in Ihrem Leben – alles wieder genauso machen?

Hannelore Schneider

Das ist eine schwierige Frage, für mich sehr schwer zu beantworten. Im Nachhinein sind wir jetzt sehr froh, dass wir das gemacht haben, auch im Hinblick auf unsere Kinder, die eine sehr gute und interessante Entwicklung vollzogen haben. Das macht uns glücklich. Doch die hätten sie im Osten wahrscheinlich auch vollziehen können.

Aber die persönlichen Erfahrungen, die ich gemacht habe, kann mir keiner nehmen. Sie sind mein Leben. Deshalb würde ich sagen: Es war okay.

Daniela Schick

„Es war okay.“ Das ist doch schon mal viel.

Lukas Stemler, Sie haben gesagt, für Sie, in Ihrer Generation gebe es kaum Unterschiede zwischen Ost und West. Können Sie sich denn vorstellen, nach dem Abitur z. B. in Dresden oder in Leipzig zu studieren und dort zu leben?

Lukas Stemler

Das habe ich sogar schon in Betracht gezogen. Auf jeden Fall. Ich war letztes Jahr einmal an der Universität Potsdam; die Universität ist unheimlich schön. Ich kann mir wirklich vorstellen, im Osten zu studieren. Ich sehe auch keinen signifikanten Unterschied zu den Universitäten im Westen.

Daniela Schick

Herr Professor Rödder, wir haben jetzt viel über das Heute gesprochen: Wie ist heute das Verhältnis zwischen Ost und West?

Aber werfen wir doch mal einen Blick voraus: Wie könnte es denn in zwanzig Jahren aussehen?

Prof. Dr. Andreas Rödder

So etwas dürfen Sie doch einen Historiker nicht fragen! Der weiß doch alles besser, was die Vergangenheit betrifft, und nichts, was die Zukunft angeht. Wobei das eine ganz grundlegende Aussage ist.

Wenn ich den Blick ganz weit zurückwerfe und sage, dass Deutschland im Jahr 1913 ein Land war, das alle Chancen hatte und dass dieses Land sich dann innerhalb von dreißig Jahren um alles gebracht hat, sich selbst in den tiefsten Abgrund der Geschichte gestürzt hat und 1989/1990 mit der Wiedervereinigung eine zweite Chance bekam, dann ist das in historischer Perspektive schon eine Menge.

Vor 21 Jahren hätte niemand in Ost oder West sich vorstellen können, dass ein Jahr später die Wiedervereinigung stattfinden würde. Mein Credo als Historiker lautet: Es kommt immer alles anders als man denkt, und man muss immer für das Unerwartete gerüstet sein. Das wiederum ist aber eine enorm politische Aussage.

Daniela Schick

Allerdings. – Dem Kabarettisten gehört das Schlusswort. Herbert Bonewitz, ist die Lage besser als die Stimmung?

Herbert Bonewitz

Bei mir sowieso.

Ich hoffe ja, dass der damalige Appell der ostdeutschen Bürgerrechtler noch lange Bestand haben wird: „Wir sind ein Volk!“, und dass es nicht eines Tages einmal heißt: „Wir sind vielleicht ein Volk – ach du lieber Gott!“ Das ist meine Hoffnung.

Daniela Schick

Im Anschluss an diese Veranstaltung können wir die eine oder andere Frage, die aufgekommen ist, vielleicht noch bei einem Glas Wein vertiefen. Abschließend möchte ich mich noch bei den Podiumsteilnehmern bedanken. Ich fand es spannend, die verschiedenen Aspekte zu dem großen Thema Wiedervereinigung zu hören. Lassen Sie mich zum Schluss noch ergänzen, wie das Interview mit Bruno Ganz weiterging. Ganz wurde also auch nach seiner Bewertung der Wiedervereinigung gefragt, und er sagte: „In den vergangenen 20 Jahren ist Deutschland aus meiner Sicht zu einem Land zusammengewachsen.“

Er ist Schweizer, aber er arbeitet ja auch sehr viel in Deutschland und mit Deutschen. Ob Sie seine Meinung teilen oder nicht – vielleicht konnte der heutige Abend Ihr Urteil schärfen. Vielen Dank für Ihr Interesse!

In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1

Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 2

Privatisierung und parlamentarische Rechte
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 3

„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“
1848 - eine europäische Revolution?
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 4

Parlamentsreform
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 5

Sozialpolitik auf dem Prüfstand
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
aus Anlaß der Tage der Forschung 1998
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 6

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus,
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999
Mainz 1999
(vergriffen)

Heft 7

Kirche und Staat.
Partner am Wendepunkt?
Podiumsdiskussion
Mainz 1999

Heft 8

Gedenkveranstaltung
zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges
Mainz 1999
(vergriffen)

- Heft 9
Verfassungsreform
Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 10
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000
Kinder und Jugendliche im Holocaust
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 11
Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 12
Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 20. Juni 2000
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 13
Politik mit der Bibel?
Diskussionsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 14. Dezember 2000
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 14
Länderverfassungen im Bundesstaat
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 19. Dezember 2000
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 15
Haushaltsreform und parlamentarisches Budgetrecht in Rheinland-Pfalz
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 16
Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 17
Was kann, was darf der Mensch?
Symposium zu aktuellen Fragen der Bioethik
Mainz 2001
(vergriffen)

Heft 18

Verfassungsentwicklung in Europa nach Nizza:

Die Rolle der Regionen

Internationale Tagung in Trier am 7. und 8. Dezember 2001

Mainz 2002

(vergriffen)

Heft 19

Russlanddeutsche im Strafvollzug

Anhörung der Strafvollzugskommission des Landtags Rheinland-Pfalz
am 29. Oktober 2002

Mainz 2002

(vergriffen)

Heft 20

Wider das Vergessen – Für die Demokratie

Abgeordnete des Landtags im Dialog mit Schülerinnen und Schülern
aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus

am 27. Januar 2003

Mainz 2003

(vergriffen)

Heft 21

Streitfall Pflege

Lösungsansätze und Perspektiven in Rheinland-Pfalz

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 1. April 2003

Mainz 2003

(vergriffen)

Heft 22

Mit den Augen des Anderen

Die jüdisch-arabische Verständigungsinitiative Givat Haviva

Ausstellung und Podiumsdiskussion

im Landtag Rheinland-Pfalz am 3. Dezember 2003

Mainz 2003

(vergriffen)

Heft 23

„Einzig hoffe ich noch auf Buonaparte, der ein großer Mann ist!“

Napoleons und Dalbergs Mainzer Treffen im September 1804

Vortragsveranstaltung am 22. September 2004

Mainz 2004

(vergriffen)

Heft 24

Nahe am großen Krieg – Rheinpreußen und die Pfalz 1914

Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz

am 29. September 2004

Mainz 2004

(vergriffen)

Heft 25

Nur freie Menschen haben ein Vaterland
Georg Forster und die Mainzer Republik
Vortragsveranstaltung
Mainz 2004

Heft 26

Der 27. Januar – Zerfall – Wendepunkt – Hoffnung
Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz aus Anlass des
Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005
Mainz 2005

Heft 27

20. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz 2004
Dokumentation
Mainz 2005

Heft 28

Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags Rheinland-Pfalz
Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt
im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005
Mainz 2005
(vergriffen)

Heft 29

Friedrich Schillers Politischer Blick
Eine Veranstaltung in der Reihe „Literatur im Landtag“
im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. Oktober 2005
Mainz 2006
(vergriffen)

Heft 30

Christoph Grimm
Reden 1991-2006
Eine Auswahl aus der Amtszeit des rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten
Mainz 2006

Heft 31

Die Präsidenten des Landtags 1946-2006
Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten
rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte
Mainz 2006

Heft 32

Die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“
und seine demokratische Entwicklung
Eine Veranstaltung des Landtags und der
Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Landesgründung
am 30. August 2006 im Plenarsaal des Landtags in Mainz
Mainz 2007

Heft 33

60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz
Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages
der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung
am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz
Mainz 2007

Heft 34

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2007
Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz
Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007

Heft 35

„Packt an! Habt Zuversicht!“
Über die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz
und seinen Beitrag zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland
Mainz 2007

Heft 36

„Was bedeutet uns Hambach heute?“
Podiumsdiskussion am 24. Mai 2007 und Präsentation
des Sonderpostwertzeichens „175 Jahre Hambacher Fest“
am 2. Mai 2007 im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007

Heft 37

„(...) Den sittlich, religiösen, vaterländischen Geist der Nation zu heben (...)“
Die Reformen des Freiherrn vom Stein
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 13. September 2007
Mainz 2007

Heft 38

„700 Jahre Wahl Balduins von Luxemburg zum Erzbischof von Trier“
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 7. Dezember 2007 im Kurfürstlichen Palais in Trier
Mainz 2008

Heft 39

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2008
Plenarsitzung, Ausstellung und Lesung mit Musik
im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2008

Heft 40

60 Jahre Israel –
zwischen Existenzrecht und Existenzbedrohung
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 5. Mai 2008
Mainz 2008

Heft 41

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens
an die Opfer des Nationalsozialismus 2009
Plenarsitzung im Pfalzklub Klingenmünster,
Ausstellung und Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2009

Heft 42

60 Jahre Grundgesetz:
Fundament ge Glückter Demokratie
Festakt am 18. Mai 2009 im Landtag
aus Anlass der Zustimmung des Landtags Rheinland-Pfalz zum Grundgesetz
am 18. Mai 1949
Mainz 2009

Heft 43

Auswanderung nach Amerika
Vortragsveranstaltungen zur Auswanderung aus Gebieten des
heutigen Rheinland-Pfalz nach Brasilien am 10. Juli 2009
und zur Auswanderung in die USA am 15. September 2009 im Landtag
Mainz 2009

Heft 44

Die Folgen des Klimawandels für Rheinland-Pfalz
Aus der Arbeit der Enquete-Kommission „Klimawandel“ des Landtags
Mainz 2010

Heft 45

„Wir sind das Volk!“
Freiheit, Einheit und Europa vom Hambacher Fest bis Heute
Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2009
im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 2010

Heft 46

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens
an die Opfer des Nationalsozialismus 2010
Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz,
Vortragsveranstaltung in Mainz
Mainz 2010

Heft 47

„Dass diese Entscheidung sich auswirken möge
zum Wohl von Volk und Land“
60 Jahre Hauptstadtdeschluss des Landtags
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz,
der Landesregierung und der Landeshauptstadt Mainz
am 17. Mai 2010 im Plenarsaal des Landtags
Mainz 2010

LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ

